

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –  
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

# Bericht der Linzer Straßennamenkommission

Auszug aus dem Gesamtbericht

<https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Johannes Kaska

## Julius Raab

Bundeskanzler, 29.11.1891–8.1.1964

Julius-Raab-Straße, benannt 1977

### Kurzbiographie

Julius Friedrich Raab kam am 29. November 1891 in St. Pölten als Sohn des Baumeisters Julius Raab und dessen Frau Franziska, geb. Wohlmeyer, zur Welt.<sup>1</sup> Nach seinem Schulbesuch in St. Pölten und im Stiftsgymnasium Seitenstetten inskribierte er 1911 an der Technischen Hochschule Wien und trat in die Norica Burschenschaft ein. 1912 meldete er sich als Einjährig-Freiwilliger zum Militär. Im Ersten Weltkrieg wurde er 1915 an die Isonzofront versetzt, wo er sich mehrere Auszeichnungen verdiente und zum Kommandanten einer Kompanie aufstieg. Oft erzählt wird die Episode nach Kriegsende, als er seine Kompanie selbstständig von der Front bis nach St. Pölten führte und dort in einer privaten Zeremonie abrüstete. Nach dem Krieg setzte er sein Studium fort und begann sich gleichzeitig im Bezirksverband St. Pölten des neu gegründeten Volksverbandes für Gewerbetreibende zu engagieren. 1923 heiratete er Hermine Haumer und kandidierte bei der Nationalratswahl auf einem hinteren Listenplatz erstmals für die Christlichsoziale Partei. Gleichzeitig war er als Bezirksparteisekretär für St. Pölten tätig.<sup>2</sup>

1927 zog er bei einer neuerlichen Wahl in den Nationalrat ein und wurde gleichzeitig Gemeinderat in St. Pölten. Im gleichen Jahr schloss er sein Studium ab und wurde in den Vorstand des Selbstschutzverbandes Niederösterreich, der Heimwehr, gewählt, zu deren Landesführer er am 8. September 1928 ernannt wurde. 1929 gründete er gemeinsam mit seinem Bruder Josef Raab und Friedrich Wohlmeier ein Hoch- und Tiefbauunternehmen. 1930 wurde er Vizepräsident des Deutschösterreichischen Gewerbebundes.

Am 18. Mai dieses Jahres schwor er den Korneuburger Eid und bekannte sich damit zum faschistischen, parteifeindlichen Staatsgedanken der Heimwehr. Im gleichen Jahr trat er schließlich aber in einer gemeinsamen Liste mit der Christlichsozialen Partei in Konkurrenz zur Heimatblockliste der Bundes-Heimwehr an, was zum Bruch mit der Bundes-Heimwehr

---

<sup>1</sup> Im Folgenden, sofern nicht anders vermerkt, nach: Die Lebensdaten Julius Raabs, 413–423.

<sup>2</sup> Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat, 187.

und zur Gründung einer eigenen, von ihm geleiteten Niederösterreichischen Heimwehr führte, die jedoch schon 1932 wieder aufgelöst wurde. 1933 bestellte man ihn zum Referenten für Handel und Gewerbe der Christlichsozialen Partei und er trat der Vaterländischen Front bei. Ein Jahr später erfolgte seine Wahl zum Präsidenten des Reichsgewerbeverbandes, der sich noch im gleichen Jahr in „Österreichischer Gewerbeverband“ umbenannte. Die folgenden Jahre war Julius Raab vor allem im Gewerbeverband aktiv, war von 1934 bis 1938 aber auch Mitglied des „ständestaatlichen“ Bundestages sowie des Bundeswirtschaftsrates. 1938 wählte man ihn zum Präsidenten der Landeshandelskammer Niederösterreich und zum Vizepräsidenten der Bundeshandelskammer. Am 16. Februar ernannte ihn Bundeskanzler Kurt Schuschnigg zum Handelsminister, der er bis zur Auflösung des Kabinetts am 11. März blieb.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten führte zur seiner Absetzung als Obmann des Bundes Österreichischer Gewerbetreibender und schließlich zu einem Berufs- und Aufenthaltsverbot in Niederösterreich. Im Gegensatz zu anderen Politikern und Funktionären des „Ständestaates“ – wie etwa Leopold Figl – wurde er von den Nationalsozialisten aber nicht verfolgt.<sup>3</sup> Raab überlegte, in die Türkei zu emigrieren, um dort als Baumeister zu arbeiten, was er schließlich aber nicht realisierte. 1940 gründete er gemeinsam mit Hans Kohlmayer eine Straßenbaugesellschaft in Wien.<sup>4</sup> In dieser stellte er 1943/1944 auch den aus dem KZ zurückgekehrten Leopold Figl bis zu dessen abermaliger Verhaftung ein.<sup>5</sup> Als ungeeignet für die Wehrmacht eingestuft, entging Raab im Zweiten Weltkrieg einem Fronteinsatz.

1945 war er an der Gründung der Österreichischen Volkspartei beteiligt und wurde in der provisorischen Staatsregierung zum Staatssekretär für öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau bestellt. Pläne, ihn zum Handelsminister des Kabinetts Figl I zu machen, scheiterten am Widerstand der Sowjetunion, die ihn aufgrund seiner Funktion im Kabinett Schuschnigg ablehnte. Im gleichen Jahr wurde er zum Landesparteiobmann der ÖVP Niederösterreich gewählt und zum Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs. Nach der Errichtung der Kammern der gewerblichen Wirtschaft 1946 übernahm er die Funktion des Präsidenten der

---

<sup>3</sup> Hinsichtlich der Gründe wird mitunter angeführt, dass der Gauleiter von Niederdonau, Hugo Jury, der ehemalige Hausarzt der Familie Raab war. Raab selbst soll ebenfalls diese These vertreten haben. Vgl. Stepan, Julius Raab und das Dritte Reich, 113 sowie ebenda die Anm. 1–2. Sein Bruder Heinrich Raab, der zum Zeitpunkt des Anschlusses Bürgermeister St. Pöltens war, wurde allerdings – wenn auch nur für zwei Tage – nach dem Anschluss in Polizeihaft genommen. Schließlich versetzte man ihn in den Ruhestand, wobei die ihm zustehenden Bezüge auf die Hälfte reduziert wurden. Er emigrierte in der Folge in die Schweiz, wo er bis zu seinem Tod lebte. Vgl. <https://oecv.at/Biolex/Detail/12509800> (9.8.2021).

<sup>4</sup> Stepan, Julius Raab und das Dritte Reich, 114.

<sup>5</sup> Ebenda, 116.

Bundeskammer. In den folgenden Jahren war Raab die treibende Kraft der Wirtschaftspolitik der ÖVP und war u.a. verantwortlich für die Preis-Lohn-Abkommen.

1951 wurde er geschäftsführender Bundesparteiobermann der ÖVP, 1952 löste er Figl endgültig als Bundesparteiobermann ab. Während der Regierungsverhandlungen 1953 zog sich Leopold Figl nach parteiinternem Druck zurück, wodurch Raab zum neuen Bundeskanzler wurde. Die ersten Regierungsjahre Raabs waren vom voranschreitenden Wiederaufbau und dem Streben nach dem Staatsvertrag geprägt, welcher 1955 unter seiner Federführung erreicht werden konnte. 1956 kam es zu einer vorgezogenen Neuwahl, die zum Kabinett Raab II führte. Nach dem Tod von Theodor Körner stellte die ÖVP 1957 zusammen mit der FPÖ einen gemeinsamen Kandidaten, Wolfgang Denk, auf, welcher dem SPÖ-Kandidaten Adolf Schärf aber deutlich unterlag. Am 31. August des gleichen Jahres erlitt Raab einen Schlaganfall, doch nahm er schon am 9. Oktober die Regierungsgeschäfte wieder auf. 1959 kündigte er seinen Rücktritt als Bundesparteiobermann an, 1961 schließlich auch seinen Rücktritt als Bundeskanzler. Er blieb Obermann des Österreichischen Wirtschaftsbundes und Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und trat 1963 als ÖVP-Kandidat gegen Adolf Schärf bei der Bundespräsidentenwahl an. Bereits von Krankheit gezeichnet, verlor Raab die Wahl deutlich. Am 8. Jänner 1964 starb Julius Raab in Wien und wurde in einem Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof bestattet.

## Leistungen

Julius Raab wird gemeinhin auch als der „Baumeister der Republik“ bezeichnet. Damit wird nicht nur auf seinen gelernten und abseits der Politik ausgeübten Beruf angespielt, sondern auch auf seine zentrale Rolle im institutionellen Wiederaufbau der Republik Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl er zunächst nicht an der Regierung beteiligt war, legte er in Zusammenarbeit mit anderen Politikern den Grundstein für Institutionen, welche Österreich teils bis heute prägen.<sup>6</sup> Gemeinsam mit Reinhard Kamitz gilt er als Begründer der sozialen Marktwirtschaft in Österreich. Gemeinsam mit Johann Böhm und Franz Olah etablierte er das System der Sozialpartnerschaft. Mit Friedrich Hillegeist schuf er eine umfassende Sozialversicherung. Ebenso baute er die Interessensvertretungen der gewerblichen Wirtschaft mit auf.

---

<sup>6</sup> Vgl. Korinek, Festrede, 95.

In seine Zeit als Bundeskanzler fällt seine vielleicht größte Leistung – wenn diese im kollektiven Gedächtnis heute auch stärker mit dem damaligen Außenminister Leopold Figl verbunden ist: die Erreichung des Österreichischen Staatsvertrages, den man primär als Leistung Julius Raabs bezeichnen kann.<sup>7</sup> In einer schwierigen Situation führte er Österreich 1956 durch die Ungarnkrise und festigte damit den eben erst durch den Staatsvertrag festgeschriebenen Charakter des Landes als neutraler Staat.<sup>8</sup>

Julius Raab hatte im Verlauf seines Lebens eine große Zahl politischer Funktionen inne.<sup>9</sup> Von 1927 bis 1933 war er Gemeinderat in St. Pölten und gleichzeitig bis 1934 Nationalratsabgeordneter. 1934 bis 1938 war er Mitglied des Bundestages sowie des Bundeswirtschaftsrates und wirkte 1938 vor dem „Anschluss“ noch einen Monat als Bundesminister für Handel und Verkehr. Im gleichen Jahr war er auch Präsident der Niederösterreichischen Handelskammer. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er von 1945 bis 1964 Nationalratsabgeordneter, ab 1945 Obmann des ÖVP Parlamentsklubs und von 1952 bis 1960 Bundesparteiohmann der ÖVP, gleichzeitig von 1953 bis 1961 Bundeskanzler. 1945 war er als Staatssekretär für öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau zuständig, 1946 wurde er Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Darüber hinaus war er bis 1963 Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes.

Dem Gedenken an Julius Raab wurden im Lauf der Zeit verschiedene Institutionen und Orte gewidmet.<sup>10</sup> Anlässlich seines 70. Geburtstages 1961 erfolgte die Gründung der Julius-Raab-Stiftung. Als Stipendienfonds sollte sie Fach-, Mittel- und Hochschülern aus ganz Österreich Studienbeihilfen gewähren. Sie existiert bis heute, hat ihren Zweck inzwischen aber auf „Förderung von Forschungsprojekten und Bildungsaktivitäten auf gesellschafts- und wirtschaftspolitischem Gebiet unter Beachtung christlicher und demokratischer Werte“ abgeändert.<sup>11</sup> Dem Gedenken an Julius Raab ist der Julius-Raab-Gedenkverein gewidmet, welcher auch das Julius-Raab-Archiv aufgebaut hat, das den Nachlass des Politikers verwaltet. Nach Julius Raab sind darüber hinaus mehrere Gebäude und Verkehrsflächen benannt<sup>12</sup> und es erinnert eine Vielzahl an Denkmälern und Gedenktafeln an ihn. Seit 1951 wird vom Österreichischen Wirtschaftsbund die Julius-Raab-Medaille vergeben, als Zeichen der Anerkennung für

---

<sup>7</sup> Korinek, Festrede, 95. Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 177.

<sup>8</sup> Vgl. Granville, Of Spies, Refugees and Hostile Propaganda.

<sup>9</sup> Im Folgenden nach: [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01480/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01480/index.shtml) (3.8.2021).

<sup>10</sup> Im Folgenden nach: Julius Raab und die Nachwelt, 424–426.

<sup>11</sup> <https://www.juliusraabstiftung.at/die-stiftung/unser-auftrag/> (3.8.2021).

<sup>12</sup> Zu den Verkehrsflächen siehe auch unten.

besondere Verdienste um Österreichs Wirtschaft oder deren Organisation. Anlässlich seines 80. Geburtstages 1971 wurde eine 50-Schilling-Münze mit seinem Portrait herausgegeben.<sup>13</sup>

## **Problematische Aspekte**

### *Raabs Rolle im „Ständestaat“ und in der Heimwehr*

Julius Raabs politische Karriere auf Bundesebene begann 1927. Als Teil der „Einheitsfront“ aus Christlichsozialen und Großdeutschen wurde er – in der wegen des Zwischenfalls in Schattendorf vorgezogenen – Nationalratswahl am 24. April in den selbigen gewählt. Er trat als Kandidat der Christlichsozialen für den Wahlkreis ober dem Wienerwald an.<sup>14</sup> Bekannt ist in diesem Zusammenhang ein Wahlaufruf, den Raab am 21. April in der „St. Pöltner Zeitung“ veröffentlichte.<sup>15</sup> Dieser spiegelt das sich – bei allen Fraktionen – zunehmend radikalisierende, in Worten bereits martialische politische Klima dieser Zeit wider. Raab spricht darin von „Heerschau“ und einer „Wahlschlacht“ und stellt der „Arbeit der Regierung für Ordnung und wahre Freiheit“ den „Bolschewismus und roten Klassenhaß“ entgegen. Er beschwört die „Ostmark“ und „die Aufgabe des alten östlichen Bollwerkes des großen deutschen Vaterlandes, der christlich-deutschen Kultur Zentraleuropas“. Man wolle „eine Festung gegen die Janitscharenhorden östlichen Bolschewismus‘ und gegen volksfremden Klassenhaß“ sein. Die Bauernschaft wird gelobt, den „roten Angriff auf das Dorf“ abgewehrt zu haben. Die martialische Rhetorik mündet in den Aufruf: „Wir wollen die Heimatscholle, in die schon unsere Vorfahren gesät haben, verteidigen vor fremdem Angriffe, wie es die Väter taten. [...] Moderne Janitscharentruppen, geführt von der Peitsche volksfremder Parteidiktatoren, stürmen gegen die Ostmark.“ Es galt, „den Drachen des roten Bolschewismus aufs Haupt zu schlagen“, wobei schon zuvor festgehalten wurde: „Unser Führer ist der Kanzler Oesterreichs, der Reiter dieses Staates“.<sup>16</sup>

Nach seiner – unten besprochenen – Heimwehrzeit, widmete sich Raab primär dem Gewerbebund. Zwischen 1930 und 1932 hatte er in der Rolle des Vizepräsidenten den Deutsch-

---

<sup>13</sup> BGBl. Nr. 215/1971. [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1971\\_215\\_0/1971\\_215\\_0.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1971_215_0/1971_215_0.pdf) (22.9.2021).

<sup>14</sup> Dippelreiter, Raab als Abgeordneter, 87.

<sup>15</sup> St. Pöltner Zeitung vom 21. April 1927, 1.

<sup>16</sup> Ebenda.

Österreichischen Gewerbebund zu einer der christlichsozialen Partei zugeordneten Standesorganisation umgebaut.<sup>17</sup> Unter seiner Führung wurde dieser 1933 dann auch Teil der Vaterländischen Front.<sup>18</sup> Am 8. Jänner 1934 wurde Raab zum Präsidenten des Reichsgewerbebundes gewählt, dem Zusammenschluss der einzelnen Landesorganisationen. In seiner Antrittsrede sagte er: „Wir bekennen uns in voller Überzeugung zur Regierung Dollfuß, die mit fester Hand die Zügel des Staates ergriffen und versprochen hat, dem Handels- und Gewerbebestand das zurückzugeben, was ihm genommen wurde.“<sup>19</sup> Sein Ziel war zudem, dass Arbeitgeber und -nehmer gemeinsam den Stand der Wirtschaft bilden und wenig später meldete er auch den Anspruch an, dass der Reichsgewerbebund an der Schaffung der neuen Verfassung mitwirken solle.<sup>20</sup> Am 28. April wurde der Reichsgewerbebund in „Österreichischer Gewerbebund. Berufsorganisation der Vaterländischen Front für das Gewerbe“ umgewandelt und Raab zu seinem Präsidenten ernannt.<sup>21</sup> Am 31. Oktober berief man Raab zum Mitglied und stellvertretenden Vorsitzenden des Bundeswirtschaftsrates und in der Folge auch in den „ständestaatlichen“ Bundestag.<sup>22</sup> Unter Raabs Führung strebte der Gewerbebund eine Monopolstellung unter den gewerblichen Verbänden an, wobei die bestehenden Kammern die Hauptkonkurrenten waren.<sup>23</sup> Bei der Stellenbesetzung wurden Heimatschutzangehörige gegenüber Anhängern der Christlichsozialen bevorzugt<sup>24</sup> und der Gewerbebund galt nach einer Einschätzung von Karl Haas als „vielleicht der politischste der Unternehmerverbände.“<sup>25</sup>

Als Abgeordneter im Bundestag war er im Verlauf der Jahre Mitglied im Finanz- und Budgetausschuss, im Außenpolitischen Ausschuss, im Sozialpolitischen Ausschuss und im Wirtschaftspolitischen Ausschuss. Er trat vielfach als Berichterstatter auf, wobei die Themen gänzlich die Bereiche Handel, Wirtschaft, Finanzen und Soziales betrafen.<sup>26</sup>

Vom 16. Februar bis 11. März 1938 war Raab nach Ernennung durch Bundeskanzler Kurt Schuschnigg Handelsminister. Durch die Kürze seiner Amtszeit kam es zu keiner Umsetzung

---

<sup>17</sup> Dippelreiter, Raab und der Gewerbebund, 97 f.

<sup>18</sup> Ebenda, 96.

<sup>19</sup> Ebenda, 100.

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> Ebenda, 100 f.

<sup>22</sup> Ebenda, 101.

<sup>23</sup> Enderle-Burcel, Historische Einführung, XLIX f.

<sup>24</sup> Ebenda, L.

<sup>25</sup> Ebenda. Zitiert wird: Karl Haas, Zum Problemkomplex „Wirtschaftsverbände und Ständestaat“. In: Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976, Wien 1977, 334 u. 338 f.

<sup>26</sup> Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Bundestages des Bundesstaates Österreich, Personenregister, 31 f. <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spb&datum=0001&page=31&size=45> (7.10.2021).

relevanter Projekte, wenn auch größere mit dem Ziel der Arbeitsbeschaffung bereits in Planung waren.<sup>27</sup>

### *Raab und die Heimwehr*

Bis zur Veröffentlichung des „Linzer Programms“ der Sozialdemokraten spielten konservative paramilitärische Selbstschutzverbände in Niederösterreich keine große Rolle. Erst danach stieg im Land das Interesse an der Heimwehr.<sup>28</sup> Diese wurde in Niederösterreich sofort von den bürgerlichen Parteien vereinnahmt. Die Generalversammlung vom 1. Oktober 1927 brachte als Vorsitzende und Ausschussmitglieder durchwegs Vertreter der christlichsozialen und deutschnationalen Partei hervor, darunter auch Julius Raab.<sup>29</sup> Im gleichen Jahr griff allerdings bereits die sich von den Parteien abgrenzende steirische Heimwehr unter Walter Pfrimer nach Niederösterreich aus und sollte dort in den nächsten Jahren Konkurrent der niederösterreichischen Landesorganisation bleiben und diese im Industrieviertel an Einfluss übertreffen.<sup>30</sup>

Am 15. September 1928 wurde Julius Raab zum Landesführer der Heimwehr gewählt. Von Beginn an war ihm von Ignaz Seipel die Rolle auferlegt worden, als Gegengewicht zur steirischen Heimwehr zu wirken und die niederösterreichische Heimwehr an die Christlichsoziale Partei zu binden.<sup>31</sup> Noch vor seiner Wahl zum Landesführer veröffentlichte Raab am 17. August 1928 in der niederösterreichischen Heimwehr-Zeitung einen Leitartikel, der die grundsätzliche Frage beantworten sollte: Warum gründen wir Heimwehren?<sup>32</sup> In diesem Artikel verweist er darauf, dass die Heimwehren in Niederösterreich ursprünglich keine große Rolle spielten und stellt sie dann als direkte Reaktion auf die Aktivitäten des Republikanischen Schutzbundes und insbesondere den Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 dar. Er sah quasi das Rüstungswettrennen von den Sozialdemokraten begonnen und daher auch bei ihnen die Verantwortung als Erste abzurüsten. Diese Abrüstung formulierte er prinzipiell als schlussendliches Ziel: „Der Gedanke der beiderseitigen Abrüstung wird und muß kommen. Es ist ein Un- ding und für jeden Staat verderblich gewesen, wenn politische Parteien ihre Gegensätze mit Parteiarmeen öffentlich auszutragen suchen“. Er meinte, „daß es dem Gegner nicht um den friedlichen Aufbau eines wahrhaft demokratischen Staatsgebildes zu tun sei, sondern daß zu

---

<sup>27</sup> Stepan, Raab als Handelsminister, 106.

<sup>28</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 126 f.

<sup>29</sup> Ebenda, 127 f.

<sup>30</sup> Ebenda, 128.

<sup>31</sup> Ebenda. Vgl. auch Mulley, Volksbewegung oder Prätorianergarde, 431.

<sup>32</sup> Raab, Warum gründen wir Heimwehren? In: Die Heimwehr vom 17. August 1928, 1 f.



mindestens die doktrinären jüdischen Führer der Sozialdemokraten mit dem russischen sozialistischen Ideal liebäugeln“. Die Heimwehr wird gewissermaßen als aufgrund externer Umstände notwendige Institution inszeniert, der es um Frieden und Freiheit geht: „Wir wollen mit der Heimwehr keine mutwilligen Experimente machen, Marsch auf Wien und andere Schlagworte sind Undinge, die kein Vernünftiger vertreten könnte.“ Ziel sei der „Schutz des Heimatbodens, den Schutz von Haus und Hof“. Es tritt bereits das auch später stets betonte Motiv auf, dass es bei der Heimwehr auch um den „Schutz der Gesinnung des nichtmarxistischen Arbeiters“ ginge. Raab führt aus, dass zum staatlichen Aufbau „neben den anderen Ständen als wichtiger Stand auch der Arbeiterstand [gehört] und in dem Zusammenarbeiten aller Stände, nicht im Gegeneinanderarbeiten der Stände liegt der Aufstieg der ganzen Heimat begründet. Die wahre Freiheit liegt darin, nicht daß die eigene Gesinnung zur Norm für die anderen gemacht werde, sondern, daß die freie Gesinnung des anderen in jeder Beziehung gewährleistet werde.“<sup>33</sup>

Der Konflikt zwischen den beiden in Niederösterreich wirkenden Heimwehrverbänden verschärfte sich zusehends. Er führte zur Gründung des „Niederösterreichischen Heimatschutzverbandes, Organisationsgebiet Süd“, der die Bezirke zwischen Semmering und Wien umfasste und welcher den steirischen Heimwehrführer Walter Pfrimer zu seinem Landesleiter wählte.<sup>34</sup> Walter Wiltschegg charakterisiert die beiden Fraktionen folgendermaßen: Die Heimwehr Raabs sei parteifreundlich, demokratiebewusst sowie auf Ruhe und Ordnung bedacht gewesen und habe die volle Unterstützung der Christlichsozialen Partei genossen. Die steirische Heimwehr sei hingegen aggressiv, antidemokratisch und parteifeindlich gewesen.<sup>35</sup> Auch bei der Generalversammlung der niederösterreichischen Selbstschutzverbände am 6. Jänner 1929 betonten Raab und der Landeshauptmannstellvertreter Josef Reither die Zusammenarbeit mit den Parteien, während eben diese von den steirischen Vertretern angegriffen wurden.<sup>36</sup> Trotzdem kam es am 28. Februar 1929 zu einer vorläufigen Einigung zwischen den

---

<sup>33</sup> Vgl. auch Raabs Rede bei der Generalversammlung des Selbstschutzverbandes Niederösterreich am 6. Jänner 1929: „Die Heimwehr soll im Verein mit den Landesregierungen zur Unterstützung der legitimen Ordnungsorgane, zur Wahrung von Recht und Gesetz und der staatsbürgerlichen Rechte verwendet werden. [...] Wir sind vor allem dazu da, die Arbeiterschaft vom roten Terror zu befreien. [...] Wir hoffen und wünschen, daß alle Stände, Bürger, Bauer und Intellektuelle, dem ringenden Arbeiter zur Seite stehen...“ In: Die Heimwehr vom 9. Jänner 1929, 1.

<sup>34</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 128.

<sup>35</sup> Ebenda, 130.

<sup>36</sup> Ebenda. Die unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der Heimwehr bzw. die Differenzen zwischen der niederösterreichischen Organisation und der Bundesführung werden auch gut dadurch illustriert, dass einerseits Reither als Mitglied der Landesregierung als einer der zentralen Redner geladen war und die Zusammenarbeit zwischen Heimwehr und Landesregierung betonte, in der Folge dann aber auch Heimwehr-Bundesführer Richard Steidle eine lange Rede hielt, in der er u. a. ausführte,

beiden Fraktionen und man schloss sich zum „Heimatschutzverband Niederösterreich“ zusammen. Landesführer wurden Julius Raab und Hermann Kubacsek, militärische Führer Felix Heß und Leopold Schubert. Walter Pfrimer, der bisher Landesleiter des niederösterreichischen Heimatschutzverbandes gewesen war, wurde Ehrenmitglied der neuen Landesleitung.<sup>37</sup> Die Spannungen blieben jedoch bestehen.<sup>38</sup>

Zur Stärkung von Raabs parteinaher Fraktion trat in der Folge der Niederösterreichische Bauernbund mit seinen 100.000 Mitgliedern korporativ der Heimwehr bei. Josef Reither, stellvertretender Landeshauptmann und Bauernbundobmann, wurde in die Landesführung der Heimwehr berufen.<sup>39</sup> Raab hielt während seiner Zeit als Heimwehrrführer lediglich zwei Parlamentsreden, in denen er, wie es Michael Dippelreiter formuliert, „weniger als Sprecher der Christlich-Sozialen Partei, sondern eher als Vertreter der Heimwehren“ auftrat.<sup>40</sup> In seiner ersten Rede am 23. Oktober 1929 anlässlich der Debatte über eine Verfassungsänderung für zusätzliche Rechte für den Bundespräsidenten beklagte er einerseits die ständige Beschimpfung der Heimwehren, betonte gleichzeitig aber auch, dass die Heimwehr für ihn eine Reaktion auf die bewaffneten Parteisoldaten der Sozialdemokratie sei. Die Sozialdemokratie übe Gesinnungsdruck auf die christlichen Arbeiter aus und die Heimwehr diene nur dem Selbstschutz und nicht zu Putschzwecken. Zur Verfassungsreform sagte er, dass „Wir, die wir in der Heimwehr stehen, wissen, daß diese Regierung mit dieser Verfassungsreform den ersten Schritt getan hat, um Österreich zur wirklichen Demokratie zu führen ...“.<sup>41</sup> Seine zweite Rede betraf das 1930 von der Regierung geplante Entwaffnungsgesetz, das zu einer Konfrontation mit der dieses Gesetz ablehnenden Heimwehr und damit auch zu einem Konflikt der beiden Rollen Raabs als christlichsoziales Parteimitglied einerseits und Heimwehrrführer andererseits führte. Bundeskanzler Schober betonte in der Parlamentsdebatte am 23. Mai: „Wer dies bekämpft, versündigt sich gegen die Republik.“<sup>42</sup> Raab bezog sich in der Folge wieder darauf, dass die

---

dass die „Staatsmacht versagt“, dass die „Staatsfunktionen vollständig zerschlagen und verdorben wurden“ von den „unseligen Friedensverträgen“, die den Staat machtlos gemacht haben sich selbst zu schützen. Die restliche Staatsmacht war für ihn „durch die heimtückische Parteipolitik verpolitisiert und für den ordentlichen Gebrauch staatlicher Funktionen unmöglich gemacht.“ In: Die Heimwehr vom 9. Jänner 1929, 1 f.

<sup>37</sup> Die Heimwehr vom 8. März 1929.

<sup>38</sup> Am 24. Jänner 1930 wurden in der Heimwehrzeitung die weiterhin bestehenden Unstimmigkeiten innerhalb der Führung der niederösterreichischen Heimwehr angesprochen, welche auf „untaugliche Satzungen“ zurückgeführt wurden. Nach einer Führertagung wurde dann aber beschlossen „an der Einheit des niederösterreichischen Organisationsgebietes festzuhalten“. Die Heimwehr vom 24. Jänner 1930, 1.

<sup>39</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 130.

<sup>40</sup> Dippelreiter, Raab als Abgeordneter, 90.

<sup>41</sup> Zitiert nach ebenda.

<sup>42</sup> Zitiert nach ebenda.

Heimwehr die Gesinnungsfreiheit der Arbeiter gewährleisten wolle, eine Abrüstung aber möglich sei, sobald diese erreicht sei. Gleichzeitig vertrat er die Ansicht: „Ich bin in meiner Tätigkeit als Abgeordneter meiner Partei und meinen Wählern verantwortlich und sonst niemandem.“<sup>43</sup> Folgt man dieser Aussage, hat er seine Wähler eher bei der Heimwehr gesehen, jedenfalls stimmte er in der Folge gegen das Gesetz und damit auch gegen die Linie seiner eigenen Partei. Realpolitisch wäre es in dieser Zeit direkt nach dem Korneuburger Eid<sup>44</sup> für Raab allerdings auch schwer gewesen anders zu handeln, ohne die dort erreichte – letztendlich nur kurze – Befriedung der Fraktionskämpfe innerhalb der Heimwehr sofort wieder zu beenden. Bundesführer Steidle hatte bei der Versammlung in Korneuburg explizit verkündet:

„Aber der Träger des Mandates hat sein Mandat zuerst und allein für die Heimwehrinteressen auszunützen [...] Wenn es sich um unsere Interessen handelt, gibt es für den Träger eines Mandates keine Parteidisziplin, sondern nur den rücksichtslosen Einsatz für unsere Idee. Kommt tatsächlich ein Entwaffnungsgesetz gegen die Heimwehr, dann wehe jedem Heimwehrmann im Parlamente, der sich gegen die Heimwehr stellen würde.“<sup>45</sup>

### *Der Korneuburger Eid*

Vor dem Hintergrund der Konkurrenz zwischen den Heimwehrverbänden in Niederösterreich berief der Bundesführer der Heimwehr, Richard Steidle, für den 18. Mai 1930 eine Generalversammlung in Korneuburg ein. Steidle stand für den radikaleren Kurs, wie ihn auch die steirische Heimwehr vertrat.<sup>46</sup> Mit der Generalversammlung wollte er den Richtungsstreit beenden, weshalb er sich auf ihr Gehör verschaffte und sprach:

„Es ist besser, wir reden nicht lange hin und her ... Wenn Raab aufsteht und sagt: Ich bin bereit, mein Mandat zuerst und allein für die Heimwehrinteressen auszunützen, dann gehen wir weiter zusammen. Steht er aber auf dem Standpunkt, daß wir nur die Diener der Parteien zu sein haben, dann trennen sich unsere Wege ... (an die Versammlung gewendet) Wollen Sie wie bisher auf dem Standpunkt stehen, nichts als Antreiber der Parteien zu sein oder wollen Sie sich, um ein Schlagwort zu gebrauchen, für das faschistische System erklären?“<sup>47</sup>

Während Raab der Zweck der Versammlung, eine Entscheidung herbeizuführen, vorab bewusst gewesen sein soll, soll das von Steidle dort verlesene „Korneuburger Gelöbniß“ für ihn überraschend gekommen sein.<sup>48</sup> Nicht weniger überraschend war es wahrscheinlich für die

---

<sup>43</sup> Zitiert nach Dippelreiter, Raab als Abgeordneter, 91.

<sup>44</sup> Siehe unten.

<sup>45</sup> Die Heimwehr vom 23. Mai 1930, 1.

<sup>46</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 131.

<sup>47</sup> Ebenda, 55.

<sup>48</sup> Ebenda, 131.

meisten Anwesenden, dass Raab in der Folge das geforderte Gelöbnis ablegte,<sup>49</sup> was ein Bekenntnis gegen die parlamentarische Demokratie und gegen die Parteien bedeutete. Im Text des Gelöbnisses wurde der „Volksstaat der Heimatwehren“ gefordert und verkündet, dass man „nach der Macht im Staat greifen“ wolle. Es heißt:

„Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und den bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.“

Das Gelöbnis schließt mit: „Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er erkenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer!“<sup>50</sup>

Der Entwurf des Korneuburger Eids stammte von Walter Heinrich, wobei sein Entwurf kurz vor der Veranstaltung noch einmal überarbeitet wurde.<sup>51</sup> Die nach der Veranstaltung in den Zeitungen veröffentlichte – und auch hier zitierte – Fassung stellt eine nach der Veranstaltung von der Bundesführung der Heimwehr nochmals überarbeitete Version des Eids dar.<sup>52</sup> Geändert wurden keine wesentlichen Inhalte, aber Formulierungen, und es war Julius Raab, der bewirkte, dass manche davon entschärft wurden. So sollen die Worte „revolutionär“ und „Faschismus“ aus dem Text entfernt worden sein.<sup>53</sup>

Raabs Gelöbnis bzw. der Eid an sich führten zu heftigen, oft ablehnenden Redaktionen seitens der Presse und der Parteien. Die Großdeutsche Partei lehnte ihn ebenso ab wie der niederösterreichische Bauernbund, dessen Führer ihn in Korneuburg allerdings nach Raab zunächst ebenso geleistet hatten.<sup>54</sup> In der zeitgenössischen Presse war man sich hinsichtlich der

---

<sup>49</sup> Die steirische – und Raab daher feindlich gesinnte – Heimwehrzeitung „Der Panther“ schrieb 1931 davon, dass „sich die gesamte niederösterreichische Führerschaft einen neuen Landesführer erwartete“. Der Panther vom 18. März 1931, 2. Zitiert nach: Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr, Anhang, 214.

<sup>50</sup> Zitiert nach Wiltschegg, Heimwehr, 255 f.

<sup>51</sup> Ebenda, 256. Vgl. zur Urfassung auch Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr, 195 f.

<sup>52</sup> Über die verschiedenen in Zeitungen und Literatur kursierenden, sich in Details unterscheidenden Versionen des Korneuburger Eids siehe Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr, 193 f.

<sup>53</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 256.

<sup>54</sup> Ebenda, 56. Mulley verweist dahingehend auf heftige Diskussionen, die im Niederösterreichischen Landtag stattgefunden haben sollen und führt als Eidleistende den Landeshauptmannstellvertreter Josef Reither und die Landesräte Barsch, Edlinger, Fischer, Höller, Kraus, Dr. Reich, Schmalz, Schöchtner, Pöschl und Zippe an. Er bezieht sich dabei auf Riepl, Landtag, 242. Vgl. Mulley, Volksbewegung oder Prätorianergarde, 436. Höbelt schreibt hingegen, dass lediglich Raab und seine Stellvertreter Kubacsek und Zippe den Eid in Korneuburg geleistet hätten und die anderen „Kameraden“ erst schrittweise in den Wochen danach vereidigt wurden. Höbelt, Die Heimwehren, 117.

Interpretation von Raabs Gelöbnis oder auch nur der Ereignisse an sich nicht völlig einig. Die Arbeiterzeitung, für die das in Korneuburg präsentierte Programm „100prozentiger Fascismus“ war, illustrierte diese Feststellung nicht nur mit zahlreichen entsprechenden Aussagen diverser Redner, sondern sah auch in Raabs Gelöbnis schlicht eine Unterwerfung unter das „fascistische System“.<sup>55</sup> In der Neuen Freien Presse kommentierte man Raab nicht und sah schließlich – nachdem zunächst nur kurz und nüchtern über das Ereignis berichtet worden war<sup>56</sup> – in der „entschiedenen Attacke, die nun von den Heimwehren gegen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat geritten“ wurde, „eine Ueberraschung“.<sup>57</sup> Während die Vorherrschaft der Parteien für die Zeitung keinen „Idealzustand“ darstellte, empfand man es als „merkwürdig“, dass die Heimwehren „den demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat in einem Atem nennen“.<sup>58</sup> und konnte oder wollte damit offensichtlich den angestrebten Faschismus der Heimwehren nicht erkennen. Die der Heimwehr zweifellos wohlgesonnenere Reichspost ließ in ihrer Berichterstattung über die Versammlung in Korneuburg in keiner Weise den Eindruck kontroverser Ereignisse entstehen, sondern berichtete schlicht über die Wiederwahl Raabs als Landesführer und druckte auch das Gelöbnis ab, ohne zu seinem demokratiefeindlichen Inhalt Stellung zu nehmen.<sup>59</sup> Kritik kam erst zwei Tage später auf, allerdings nicht an Raab oder der Heimwehr, sondern an „Narrentum und Hysterie“ der Sozialdemokraten, welche durch ihren ständigen Alarmismus und inflationären Gebrauch des Begriffes nicht erkennen würden, dass man „auf dem Korneuburger Heimwehrtag mit gutem Humor vom ‚faschistischen System‘ gesprochen“ habe, „um ein Schlagwort zu gebrauchen“, das den Marxisten „als Echo aus dem Lager ihrer politischen Gegner zurückschallt“.<sup>60</sup> In einer 1931 erschienenen nachträglichen Reihe über die Vorgeschichte des Pfrimer-Putsches in „Die Stunde“<sup>61</sup> wurde Raabs Eidleistung wiederum umfangreicher besprochen und die Position vertreten, der Korneuburger Eid wäre ein Plan gewesen, den Bruch Julius Raabs mit der Heimwehr zu erzwingen, um diese so endgültig von ihrer parteifreundlichen Fraktion zu befreien. Raabs Eidleistung wurde vor diesem Hintergrund als Aktion interpretiert, diesen Plan zu vereiteln und so die Verbindung zwischen Heimwehr und

---

<sup>55</sup> Arbeiter Zeitung vom 20. Mai 1930.

<sup>56</sup> Neue Freie Presse vom 19. Mai 1930, 3.

<sup>57</sup> Neue Freie Presse vom 20. Mai 1930, 2.

<sup>58</sup> Ebenda, 3.

<sup>59</sup> Reichspost vom 19. Mai 1930, 2.

<sup>60</sup> Reichspost vom 21. Mai 1930, 1.

<sup>61</sup> Die Stunde vom 16. Oktober 1931, 7.

Christlichsozialer Partei in Niederösterreich nicht völlig abbrechen zu lassen.<sup>62</sup> Diese nachträgliche Darstellung der Ereignisse in „Die Stunde“ weist zwar darauf hin, dass es „historisch nicht feststellbar“ sei, ob es tatsächlich Raabs Intention gewesen war, die Resolution durch seine Beipflichtung „ad absurdum“ zu führen,<sup>63</sup> doch vertrat man selbst diese Position. Diese Darstellung geschah allerdings erst nach dem Pfrimer-Putsch, also zu einem Zeitpunkt, als es nicht nur bereits zu einer Eskalation mit dem radikalen Teil der Heimwehr gekommen war, sondern sich Raab mit einer eigenen Fraktion bereits von dieser abgespalten hatte. Im Rückblick lag eine derartige Interpretation der Ereignisse sicher näher als direkt nach dem Ereignis, was auch die Reaktionen und Diskussionen unmittelbar nach dem Gelöbnis zeigen, die nicht unbedingt auf ein unerschütterliches Vertrauen in Raabs Parteitreu schließen lassen.<sup>64</sup> Auch das Zeitungsorgan des steirischen Heimatschutzes, Der Panther, beurteilte das Gelöbnis Raabs im Rückblick aber als „gegen seine innere Überzeugung“ und sah ihn in Korneuburg „in die Klemme gedrängt“.<sup>65</sup>

Trotz neu entstandener Spannungen wollte die Christlichsoziale Partei weder mit Raab – der ja eigentlich ihr Mann in der Heimwehr war – noch mit der Heimwehr an sich völlig brechen. Als Raab aufgrund der Kritik sein Mandat zur Verfügung stellte, brachte ihn Ignaz Seipel davon wieder ab.<sup>66</sup>

Raabs Gelöbnis zur parteifeindlichen Heimwehr währte letztendlich allerdings nicht lange. Lediglich ein paar Monate später verkündete er am 10. Oktober, dass die Heimwehr in Niederösterreich gemeinsam mit den Christlichsozialen als „Christlichsoziale Partei und Heimwehr“ kandidieren werde.<sup>67</sup> In Konkurrenz zu dieser Liste trat die Heimwehr auch eigenständig als „Heimatblock“ an, welcher der Bundesführung zuzurechnen war.<sup>68</sup> Dieses doppelte Antreten der Heimwehr in Niederösterreich argumentierte man in einer Bekanntgabe der Landesleitung des Heimatschutzverbandes Niederösterreich offiziell damit, dass der Heimatschutzverband grundsätzlich am seit seiner Gründung bestehenden „Prinzip der Überparteilichkeit“ festhält und daher ein Antreten als eigene Partei ablehnt. Um nun aber „in der heutigen schweren Zeit alle Kräfte zu erfassen“ trete man in vier Wahlkreisen auf der Liste der

---

<sup>62</sup> Es wird bezüglich des Ereignisses gar von einer geplanten „Abschlachtung in Korneuburg“ gesprochen und betont, wie sehr Raab durch seine Eidleistung die Pläne durchkreuzte.

<sup>63</sup> Die Stunde vom 16. Oktober 1931.

<sup>64</sup> Siehe etwa Raabs bereits beschriebene Position mit Streit um das Entwaffnungsgesetz.

<sup>65</sup> Der Panther vom 18. März 1931, 2. Zitiert nach: Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr, Anhang, 214.

<sup>66</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 56.

<sup>67</sup> Ebenda, 131.

<sup>68</sup> Prinz, Politische Herrschaft, 50.

Christlichsozialen Partei an. „Es ergeht daher an alle Heimwehrleute, die außerdem christlichen Organisationen angehören und weltanschaulich mit dieser Richtung einverstanden sind, die Aufforderung, diese Liste zu wählen.“ Die Liste des Heimatblockes, die „im Rahmen des Organisationsamtes der Bundesführung“ entstand, wurde für jene vorgesehen, die „diese erste Liste aus Weltanschauungs- und sonstigen Gründen nicht wählen wollen“, wobei auch für diese Liste – bei Vorliegen entsprechender Gründe – eine Wahlaufforderung ausgesprochen wurde.<sup>69</sup> In der nächsten Ausgabe der Heimwehrzeitung wurde zunächst klar gestellt: „Wir alle schätzen dieses demokratische Kampfmittel [Anm.: Wahlen] nicht; wir hätten lieber einen Staat, in dem richtig befohlen und flink gehorcht wird.“<sup>70</sup> Anschließend stellte man die zwei Listen in den Kontext einer möglichst breiten Abdeckung des Wählerpotentials, um sowohl Arbeiter in den Industriebezirken, als auch den Bauern ansprechen zu können, „die heimatreu und christlich gesinnt sind, seit Jahrzehnten in einer christlichen Partei und Standesorganisation leben und ihr treu bleiben wollen.“ Man stellte es also so dar, dass sich die Heimwehr der Christlichsozialen Partei bediente, um die Bauern als Wähler einzufangen. Als Parole wurde „Getrennt marschieren und vereint schlagen!“ ausgegeben. Der Heimatblock war dabei in eigener Darstellung für jene vorgesehen, die „aus dem roten Lager kommend, sonst vielleicht nicht dazu zu bringen wären, antimarxistisch“ zu wählen, aber auch für jene „die, des politischen Getriebes müde, sich längst von jeder Partei abgewendet haben“. Für alle christlich Gesinnten war die gemeinsame Liste mit der Christlichsozialen Partei vorgesehen. Die große ideologische Klammer der beiden Parteien war der Antimarxismus.

Noch bevor die Wahl stattgefunden hatte, stellte man in der Heimwehr-Zeitung allerdings bereits fest, „daß die Hitze des Wahlgefechtes auch in unsere Reihen übergriff und eine zweifellos vorhandene weltanschauliche Spaltung verstärkte.“<sup>71</sup> Der Gegensatz zwischen den beiden Listen war stärker zutage getreten und man appellierte für die zukünftige Regierungsbildung bereits an das gemeinsame Ziel des Antimarxismus. Auch nach geschlagener Wahl wurde kommentiert, dass die „Schaffung eines Sammelbeckens“ – also die gemeinsame Liste mit den Christlichsozialen – für die Heimwehrbewegung nicht förderlich gewesen sei.<sup>72</sup> Die von Anton Zippe verfassten Worte stellen aber auch den ideologischen Unterschied der beiden Listen klar, indem sie den gemeinsamen Kampf gegen die „bolschewistische Gefahr“ betonen „trotz parteipolitischer Gegensätze, trotz verschiedener Anschauungen über Staatsauffassung, über Faschismus und Demokratie“. Gleichzeitig wurden bereits erste Gerüchte über

---

<sup>69</sup> Die Heimwehr vom 10. Oktober 1930, 1.

<sup>70</sup> Die Heimwehr vom 17. Oktober 1930, 1.

<sup>71</sup> Die Heimwehr vom 31. Oktober 1930, 1.

<sup>72</sup> Die Heimwehr vom 21. November 1930, 1.

eine Spaltung der niederösterreichischen Heimwehr dementiert. Das Dementi wurde jedoch bereits nach einem Monat Lügen gestraft. Es kam zum endgültigen Bruch Raabs mit der Bundes-Heimwehr und der Gründung einer eigenen „Niederösterreichischen Heimwehr“ unter seiner Führung. Auf der Gauführertagung am 4. Dezember verließ Raab gleich zu Beginn den Saal. In einem Bericht über die Tagung heißt es: „Bundesführer Starhemberg entwickelte zunächst die Heimatschutzidee und stellte die Aufforderung sich zu dieser zu bekennen. Landesführer Ing. Raab verließ hierauf den Sitzungssaal.“<sup>73</sup> Nach der Wahl von Albrecht Alberti zum neuen Landesführer wurde festgelegt, dass sich der Heimatschutzverband Niederösterreich nun dafür einsetzt, dass das parlamentarische System durch „den Volksstaat der Heimatwehren“ ersetzt wird. Im Bericht vom 10. Dezember dementierte man, dass es sich dabei um eine Änderung der Grundrichtung und Zielsetzung des Verbandes handelte. Der Führungswechsel sei vielmehr auf „eine Vertrauenskrise zur Person des bisherigen Landesführers“ zurückzuführen, welche bereits seit einem Jahr bestanden haben soll. Raabs inzwischen neu gegründete „Niederösterreichische Heimwehr“ wird als „reine Parteiformation“ bezeichnet.<sup>74</sup> Ende des Jahres sagte Starhemberg über Raab:

„Wir mußten uns von Raab trennen. Raab hat sich gewiß immer als Christlich-Sozialer bekannt und den Heimatschutz nur dann für etwas gehalten, wenn dieser hinter der Christlich-Sozialen Partei stand. Mit Raab können wir nicht mehr zusammenarbeiten, weil er nicht genug verlässlich ist.“<sup>75</sup>

#### *Die Niederösterreichische Heimwehr und Raabs Einstellung zur Demokratie*

Nach dem endgültigen Zerwürfnis mit der Bundes-Heimwehr gründete Julius Raab am 7. Dezember 1930 eine eigene „Niederösterreichische Heimwehr“, die eng mit dem Bauernbund kooperierte und christlichsozial-parteinah war.<sup>76</sup> Zeitgenössisch wurden die Unterschiede der beiden Heimwehren folgendermaßen charakterisiert:

„Kurz zusammengefaßt ist es die verschiedene Einstellung zur gegenwärtigen Staatsform Oesterreichs, zur formalen Demokratie, die die Geister geschieden hat. Die Heimwehren Raabs wollen eine bloße Defensivorganisation sein gegen den Marxismus auf dem Boden der gegebenen Staatsform, während die Heimatblockrichtung unter Starhemberg, Steidle, Pfrimer und andern diese gegenwärtige Staatsform ausdrücklich ablehnt und sich im deutschen Volks- und Ständestaat ein neues staatsreformatorisches Ziel setzt.“<sup>77</sup>

---

<sup>73</sup> Die Heimwehr vom 10. Dezember 1930, 1.

<sup>74</sup> Ebenda.

<sup>75</sup> Starhembergjäger 48, 23.12.1930. Zitiert nach: Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr, 210 Anm. 1.

<sup>76</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 132 und 332 f.

<sup>77</sup> Neuigkeits-Welt-Blatt vom 10. Dezember 1930, 2.



Das gleichnamige zugehörige Zeitungsorgan, die „Niederösterreichische Heimwehr“, spiegelt dabei klar die Unterschiede in der politisch-ideologischen Ausrichtung der Heimwehrbewegungen in Niederösterreich wider und lässt den Charakter der „Raab-Heimwehr“ näher bestimmen. Der Kreis der politischen Gegner änderte sich. Während „Die Heimwehr“ neben den „Marxisten“ regelmäßig Parlament und Parteien insgesamt (und damit auch die Christlichsozialen) ins Visier nahm, fehlte dieser Aspekt in der neuen Zeitung und man attackierte stattdessen die Bundes-Heimwehr und insbesondere deren Führer Starhemberg. Diesen Attacken waren die meisten der Leitartikel gewidmet. Mit ihrem zunehmenden Erstarken wurden auch die Angriffe auf die Nationalsozialisten intensiviert. Dem Nationalsozialismus wurde vorgeworfen „unser Vaterland“ Österreich zu verachten.<sup>78</sup> Zwar berufe er sich auf den Kampf gegen den Bolschewismus, sei aber selbst nur eine Partei, die auf der politischen und materiellen Notlage in Deutschland basiere, deren Bevölkerung dadurch zu haben sei für eine „radikale, revolutionäre Partei“. Er verspreche „durch Umsturz der gegenwärtigen Ordnung der Dinge ihn [Anm.: den notleidenden Bürger] zum Herrn und den jetzigen Besitzenden zu seinem Knecht zu machen.“ Die Bewegung fuße „nicht auf dem ersten Willen zur Besserung, sondern auf selbstmörderischer Verzweiflung“. Sie wende sich „gar nicht an das wirklich werktätige Volk und ist aus diesem Grunde in ihren Wirtschaftsplänen vollkommen kommunistisch.“ „Der Unterschied zwischen dem russischen Kommunismus und dem Nationalsozialismus liegt also lediglich darin, daß letzterer sich neben den kommunistischen auch einen nationalen Götzen aufgestellt hat mit dem Zwecke, das Christentum zu vernichten und unzählige ähnliche Torheiten.“ Ein Sieg der Nationalsozialisten würde nach dem zwangsläufigen Zusammenbruch ihres Systems zu einem Erfolg des Kommunismus werden.<sup>79</sup> Oft thematisiert wurde hinsichtlich der Nationalsozialisten deren propagierte Abkehr von der Kirche, was im klaren Widerspruch zur betont christlichen Niederösterreichischen Heimwehr stand. Aus christlicher Sicht übte man dabei auch Kritik an anderen Politiken der Nationalsozialisten. Unter dem Titel „Der Rassenwahnsinn der Nationalsozialisten“ wandte man sich gegen die von ihnen aus „rassischen Gründen“ propagierte „Beseitigung“ kranker und körperlich zurückgebliebener Kinder.<sup>80</sup> Man zitierte entsprechende Aussagen aus Hitlers „Mein Kampf“ und dem Völkischen Beobachter und fasste es darauf zusammen, dass für die Nationalsozia-

---

<sup>78</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 17. März 1931, 1.

<sup>79</sup> Ebenda.

<sup>80</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 28. April 1931, 4.

listen Menschenkinder „wie Zuchttiere, wie Hunde und Katzen“ seien, „denen man von jedem Wurf vier oder fünf ertränken kann“ und stellte dieser Politik das christliche Gebot entgegen, dass man nicht töten solle.<sup>81</sup>

Da die Niederösterreichische Heimwehr aus der Fraktion der Heimwehr entstand, die christlichsozial-parteinah war, positionierte sie sich als klar parteitreu hinsichtlich den Christlichsozialen. Raab sah in diesen die einzige Partei, der es möglich ist, den Marxismus aufzuhalten. Für ihn befand sich die Heimwehrebewegung ab dem Moment im Abstieg, als sie begann gegen die Regierung zu kämpfen.<sup>82</sup> Mit dieser Einstellung verbunden war ein aktives Auftreten gegen jegliche Umsturz- und Putschbewegungen und gegen die Diktatur. In einem Artikel mit dem Titel „Wahre Demokratie und österreichischer Staatsgedanke“ nahm man explizit gegen die Diktatur und den Faschismus Stellung und warnte vor einem Sieg der Diktaturbewegung, was auf die Bundes-Heimwehr bezogen war. Man betonte: „Unser Oesterreich ist ein demokratischer Staat und muß ein solcher bleiben“.<sup>83</sup> So demonstrativ auch das Bekenntnis der Niederösterreichischen Heimwehr und damit auch von Raab zur Demokratie war, so ambivalent muss das Verständnis von ihr bezeichnet werden. Die Ausgabe vom 9. Juni 1931 warnt einerseits vor der Diktatur des Faschismus, andererseits aber auch vor der Diktatur des Proletariats. Schon in der nächsten Ausgabe vom 16. Juni zeigte man sich allerdings wieder frustriert über das „Narrenhaus“ in Mitteleuropa und den Unwillen der Koalitionspartner zum Wohl des Volkes Parteipolitik hintanzustellen. Mit großen Lettern forderte man auf der ersten Seite in der Überschrift eine „Regierung der starken Hand!“ und bezeichnete zwar die Diktatur als falschen Weg, wünschte sich aber eine Regierung,

„die einmal vom Volke beauftragt, in das Chaos Ordnung zu bringen, sich von diesem Weg durch keine Sabotage und durch kein in den Rückenfallen seitens guter Freunde mehr abbringen lassen darf. Geht der Weg nicht anders als über romantische Ideologien und Träume von schönen Möglichkeiten hinweg, dann sei es drum. Aber geholfen muß werden, wenn des Volkes Not es erheischt. Und wenn dabei ein oder der andere Zettelkasten oder Kompromißministerstuhl verloren gehen sollte!“<sup>84</sup>

Auch bei einem in den Nachwehen des Pfrimer-Putsches entstandenen Leitartikel war eine der für Österreich formulierten Notwendigkeiten ein „Herr im Haus!“<sup>85</sup> Raab selbst sprach

---

<sup>81</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 28. April 1931, 4.

<sup>82</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 5. Mai 1931, 2.

<sup>83</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 28. April 1931, 6.

<sup>84</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 16. Juni 1931, 1.

<sup>85</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 3. Oktober 1931, 1. Die anderen waren: „1. Innenpolitische Ruhe und Sicherheit. 2. Zusammenarbeit aller Gruppen und Parteien zum Wiederaufbau der Wirtschaft. Unbedingte Aufrechterhaltung der Währung; sie ist das Instrument, das den Wohlstand schmieden soll. 3. Nicht allein mehr Ersparungen, sondern auch mehr Produktion, besonders Urproduktion!“

hinsichtlich seiner Niederösterreichischen Heimwehr von einer „demokratischen Heimwehrbewegung“.<sup>86</sup> Er betonte, dass „Einigkeit mit den legalen Gewalten“ die Voraussetzung sei, sprach gleichzeitig aber davon, dass die Heimwehrleute „keineswegs zufrieden“ seien mit dem Parlamentarismus, „wie er heute besteht“. Ein Kritikpunkt war etwa, dass es nicht möglich sei, „die berechtigten Wünsche der Bauernschaft gegen die ständige Demagogie der Roten immer anstandslos durchzusetzen“, wobei unter Demagogie hier konkret die Forderung nach einer Arbeitslosenunterstützung gemeint war. Er sprach sich gegen Radikalismus aus und gegen „alle faschistischen und nationalsozialistischen Experimente“. „Der Bauer braucht keine Diktatur, die immer zur Korruption führt und das Volk in Herrscher und Beherrschte spaltet. Das hindert aber nicht, daß unsere Bewegung kontrollierend auf die Regierung wirken muß, um jeglichen Mißbrauch der Gewalt abzustellen.“ Er bekräftigte die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien, „denn politische Parteien wird es immer geben, da die Meinungen der Menschen über kulturelle und andere Fragen eben verschieden sind.“ Dem Heimatblock warf er vor, gegen den Staat und die legalen Gewalten zu agitieren. Die Kritik am Parlamentarismus „wie er heute besteht“ ist dabei bei Raab nicht neu. Auch in der Zeit vor der Spaltung der Heimwehrbewegung tätigte er ähnliche Aussagen, was auch einer der allgemeinen Linien der Heimwehr entsprach. 1929 äußerte Raab Verständnis dafür, dass „Unmut laut wird gegen Demokratie, Parlamentarismus und Volksvertretung“, welche er von den Sozialdemokraten durch ihr parlamentarisches Verhalten seit vielen Jahren herabgewürdigt sah.<sup>87</sup> Entsprechend sollen sich diese nicht wundern, wenn „da die Forderung laut geworden ist: ‚Hinweg mit diesem Gaukelspiel einer verhetzenden Scheindemokratie!‘. Jedes Volk und jeder Staatskörper und überhaupt jedes Gemeinwesen muß seine Regierung und Leitung haben, in dieser und jener Form.“<sup>88</sup> Im gleichen Jahr schob er auch in einer Parlamentsrede<sup>89</sup> die Schuld an der Kritik an der Demokratie auf die Sozialdemokraten. Er sprach von „der Hoffnung, daß auch die Sozialdemokraten diese Demokratie als wirkliche wahre Demokratie auffassen werden und die demokratische Republik nicht als Uebergangsstadium zur sozialistischen Republik betrachten“. Gleichzeitig gab er zu:

„Daß es in der Heimatwehrbewegung auch radikale Elemente gibt ist richtig, aber radikale Elemente gibt es in jeder Bewegung. Man darf sich auch nicht wundern, daß im Volke

---

<sup>86</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 24. März 1931, 5.

<sup>87</sup> Die Heimwehr vom 11. Jänner 1929, 4.

<sup>88</sup> Ebenda.

<sup>89</sup> Die Heimwehr vom 1. November 1929, 3.

gegen dieses Parlament eine so erregte Stimmung herrscht und daß diese Stimmung in manchen Heimwehrreden zutage getreten ist.“<sup>90</sup>

Die „wahre Demokratie“ ist dabei ein wiederkehrendes Schlagwort der Heimwehrbewegung und darüber hinaus.<sup>91</sup> Auch Ignaz Seipel, einer der größten christlichsozialen Förderer der Heimwehr, griff kurz nach seinem Abgang als Bundeskanzler 1929 unter diesem Schlagwort die damalige Demokratie an. In einer Rede in Tübingen bekannte er sich zwar ausdrücklich zur Demokratie, sprach aber von der Notwendigkeit, die „wahre Demokratie“ wiederherzustellen. Er kritisierte die „Pseudodemokratie“ und sah die Heimwehren als „eine starke Volksbewegung, welche die Demokratie von der Parteiherrschaft befreien will“. Laut ihm teilten in Österreich „alle anderen Parteien die Zweifel an der Richtigkeit und Rechtmäßigkeit“ des herrschenden Systems und nur die Sozialdemokraten würden sich ihr verschließen.<sup>92</sup> Die Aussagen sind auch im Zusammenhang mit der von Seipel forcierten Verfassungsnovelle von 1929 zu sehen, in der u. a. auf Kosten des Parlaments die Macht des – ab dann vom Volk gewählten – Bundespräsidenten gestärkt wurde. Die Sozialdemokraten waren Gegner dieser Änderung, die eine verstärkte Hinwendung zu einem Führerprinzip bedeutete. Die Besprechung von Seipels Rede war für die Heimwehr unter Richard Steidle dann der Anlass, in diesem Artikel auch die Unterschiede der Demokratieauffassung zwischen den Sozialdemokraten und Heimwehren zu thematisieren.<sup>93</sup> Als sozialdemokratische Position zitierte man einen – ebenfalls die Seipel-Rede betreffenden – Artikel aus der Arbeiterzeitung.<sup>94</sup> In diesem wird vertreten „Demokratie ist Volksherrschaft“, wobei insbesondere das System der parlamentarischen Demokratie mit gewählten Volksvertretern verteidigt wird. Damit die Gewählten nicht gegen den Willen ihrer Wähler handeln, sollen sie in „möglichst enger Fühlung mit dem Kern ihrer Wählerschaft bleiben“. Die Heimwehr argumentierte, dass unter diesem System die Politiker nur „Einzelinteressen und Klassenbedürfnissen“ folgen würden, während die Volksvertretung im „wahrhaft demokratischen Staate“ eine sei, die nicht Einzel- und Klasseninteressen, sondern „das Wohl des Gesamtvolkes unter Ausgleichung und Hintansetzung der Einzelwünsche“ wahrnimmt. Es ginge nicht darum, „besonderen Organisationen oder Gruppen die Macht im Staate zu verschaffen“, was eine Kritik am Einfluss sozialdemokratischer Parteiorganisationen und Gewerkschaften war, aus welchen deren Politiker oft entstammten.

---

<sup>90</sup> Die Heimwehr vom 1. November 1929, 3.

<sup>91</sup> Vgl. Steiner, Wahre Demokratie.

<sup>92</sup> Die Heimwehr vom 9. August 1929, 1.

<sup>93</sup> Ebenda.

<sup>94</sup> Arbeiter-Zeitung vom 18. Juli 1929, 1 f.

Bezüglich des Bundespräsidenten wird gesagt: „Die Heimatwehren wollen, daß dem absoluten Parlamente Organe gegenüberstehen, welche die Macht dieses Absolutismus beschränken.“ Für sie war diese Auffassung einer „wahren Demokratie“ eine, die „an bewährte Traditionen des deutschen Volksdenkens“ anknüpfte, „vorab der alpenländischen Deutschen“. Gegenübergestellt wurden ihr die „Ruinen des Rationalismus sogenannter westlicher Demokratie“.

Unter „wirklicher“ oder „wahrer“ Demokratie verstand Heimwehr-Bundesführer Richard Steidle u. a. auch eine Befreiung „vom Terror der Austromarxisten“ und die „Befreiung unserer Volksvertretung vom austromarxistischen Drucke“.<sup>95</sup> Die Verfassungsänderung 1929, die wie erwähnt eine Schwächung des Parlaments zugunsten der Regierung und des Bundespräsidenten brachte, wurde von der Heimwehr stark unterstützt bzw. gefordert. In einer anderen Rede sagte Steidle zur Verfassung:

„Die alte Verfassung hat den österreichischen Staat zum Spielball der Parteien und zum Schlachtfeld für den Klassenkampfgedanken gemacht. Wir haben einen Staat, in dem das Volk nur durch die Parteien seine Macht ausüben kann, einen Staat, dessen Einrichtungen Interessensgebiete der Parteien sind. So kamen auch in die Volksvertretungen in erster Linie Parteisekretäre und Funktionäre, die nicht für das gesamte Volk, sondern nur für die Parteien gearbeitet haben, die gerade am stärksten sind. Und wenn es nicht anders ging, hat man faule Kompromisse gemacht. Dieser Parteienstaat, den die Marxisten eingeführt haben, muß restlos verschwinden, denn auch unsere Bewegung kann ihn sonst nicht gesund machen.“<sup>96</sup>

Später führt er aus: „Wir wollen die Aufrichtung einer wirklichen Autoritätsregierung, die eine notwendige Vorbedingung für eine vom Klassenkampf befreites Staatswesen ist.“<sup>97</sup>

Festzustellen ist damit, dass die „wahre Demokratie“ sowohl im Verständnis der Heimatwehren als auch in dem Raabs zumindest auf einen Ausschluss der Sozialdemokraten aus der Politik hinauslief. In ihrer radikaleren Form – die von Raab zumindest ab seiner Abspaltung nicht mehr explizit vertreten wurde – ging die Forderung nach „wahrer Demokratie“ bis zur Abschaffung des „Parteienstaats“ und der Etablierung einer autoritären Regierung. Beim zweiten Heimwehraufmarsch in St. Pölten im Mai 1930 bezichtigte Raab die Sozialdemokraten auch selbst wieder der „schrankenlosen Demagogie und Volksverhetzung“. Dabei äußerte er auch die laut ihm bei diesem Aufmarsch erstmals formulierte Forderung der Heimwehr „den Sozialdemokraten auch in der Landesregierung die Verwaltungssachen, die sie noch inne-

---

<sup>95</sup> Die Heimwehr vom 13. September 1929, 1.

<sup>96</sup> Die Heimwehr vom 8. November 1929, 1.

<sup>97</sup> Ebenda.

haben“ zu entziehen. Er warf den Sozialdemokraten gleichzeitig vor, in den von ihnen mehrheitlich beherrschten Orten die anderen Parteien von jedem Einfluss auf die Verwaltung auszuschließen.<sup>98</sup> Auf einer am 20. Juli 1930 in Eggenburg gehaltenen Rede sagte Raab:

„Wir wollen diese Demokratie überhaupt nicht, die in Wahrheit doch nur Demagogie ist, sondern wir wollen eine wahrhaft völkische Demokratie! Wir wollen keine Diktatur nach mussolinischem Muster, aber wir wollen unser öffentliches und wirtschaftliches Leben mit allen Mitteln von den roten Parasiten befreien.“<sup>99</sup>

Das eigentliche Thema der Rede war allerdings die wirtschaftliche Situation.<sup>100</sup> Einen gewissen Interpretationsspielraum lässt eine Aussage der Gründungsrede der Niederösterreichischen Heimwehr am 7. Dezember 1930, in der Raab einerseits das Streben der Bundes-Heimwehr nach einer Diktatur verurteilte, andererseits aber meinte: „Die Herren wollten damals und wollen heute noch nicht begreifen, daß der Diktator für Oesterreich wenigstens vorläufig noch nicht geboren ist.“<sup>101</sup> Die zeitliche Einschränkung innerhalb dieser Aussage ließe sich auch so interpretieren, dass er eine Diktatur im Falle eines „geeigneten“ Diktators nicht per se ausschließt, was wiederum kohärent mit seiner späteren aktiven Mitwirkung am „Ständestaat“ wäre.

Mit dem Bekenntnis der Niederösterreichischen Heimwehren zu einer – wie auch immer gearteten – Demokratie im augenscheinlichen Widerspruch, stand allerdings der von Raab geleistete Korneuburger Eid. Das war auch der Niederösterreichischen Heimwehr bewusst, und der Eid stellte sie in mehrfacher Hinsicht vor Probleme. Diesen Problemen wollte man durch einige Neuinterpretationen und Umdeutungen des Eides begegnen. So schrieb man im Februar 1931:

„Wir möchten niemand böse machen, aber wir wagen noch weiter zu sagen, daß auch die bürgerlichen Parteien im Staate, die bösen Demokraten, die ja von Korneuburg her bekannt sind, der eigentliche Feind nicht sind. Freilich, auch wir lehnen den westlichen Parteienstaat, der auf gottlosen Voraussetzungen aufgebaut ist, ab, aber wir sind nicht der Auffassung, daß wir es in Oesterreich mit einem solchen Gebilde zu tun haben. Wir lehnen auch die Alleinherrschaft einer Partei im Staate, möge sie etwa Landbund, christlichsozial oder Heimatblock heißen, grundsätzlich ab. Nicht aber lehnen wir die Zusammenarbeit der

---

<sup>98</sup> Die Heimwehr vom 9. Mai 1930, 2.

<sup>99</sup> Heimatschutz-Zeitung vom 9. August 1930. Betonung von Quelle übernommen. Vgl. Höbelt, Die Heimwehren, 105.

<sup>100</sup> Raab sprach von den Bundesbahnen als „roten Brutstätten“, wo „die Schädiger der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs liegen“ und formulierte als Ziel für die Industrie den Zusammenschluss von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Wirtschaft sollte durch Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstes und einer Reformierung des Arbeitslosenunterstützungswesens von „übermäßigen Lasten“ befreit werden. Gleichzeitig sollte sich das Unternehmertum auf die Einstellung „vaterlands- und heimwehfreundlicher Arbeitskräfte“ einstellen. Ebenda.

<sup>101</sup> Neuigkeits-Welt-Blatt vom 10. Dezember 1930, 2.

staatsbejahenden Parteien ab, sondern halten uns für berufen und verpflichtet, kontrollierend darüber zu wachen, daß von dieser Linie der Zusammenarbeit zum Besten des Staates und Volkes nicht abgegangen werde!“<sup>102</sup>

Ein paar Monate später sollte offensichtlich u. a. gläubigen Katholiken gezeigt werden, warum sie trotz etwaiger eigener Eidesleistung nicht dazu verpflichtet sind den Heimatblock zu wählen.<sup>103</sup> Hinsichtlich der Verwerfung des westlichen Parlamentarismus wurde im gleichen Artikel ein weiteres Argument aufgebracht, das einen trotz Eid Parteianhängerschaft ermöglichen sollte, nämlich, dass diese Formulierung unklar sei. Der Parlamentarismus von Frankreich, England und den USA sei schließlich stark verschieden. Außerdem würde damit impliziert, dass man einen östlichen vorziehe, was nicht weniger unklar sei. Darüber hinaus wurde drauf hingewiesen, dass sich die Eidleistenden verpflichteten auf „das Wort der Führer“ zu hören, was den damaligen Landesführer Raab mit einschloss, gegen den man sich dann aber wandte. Raab selbst sagte anlässlich der Gründung der Niederösterreichischen Heimwehr zum Korneuburger Eid: „Auf der Korneuburger Tagung war es dann nur der Gedanke, die große Bewegung einig zu erhalten, der mich davon abhielt, damals schon Schluß zu machen, und die Hoffnung, daß doch endlich wieder Vernunft einkehren würde.“<sup>104</sup>

Trotz großer Worte in der eigenen Zeitung stellte sich für die Niederösterreichische Heimwehr letztlich aber nie wirklicher Erfolg ein. Sie konnte ihren Einfluss nie über das Weinviertel und das Viertel ober dem Wienerwald ausdehnen und verlor auch diesen rasch, so dass sie Ende 1931 nur noch in St. Pölten präsent war. Am 8. Mai 1932 ging die „Niederösterreichische Heimwehr“ schließlich in den Niederösterreichischen Sturmsharen auf.<sup>105</sup>

### *Antisemitismus*

Während von Julius Raab nie das Bild eines überbordenden Antisemiten aufkam, sind dennoch diverse antisemitische Vorfälle bzw. Aussagen überliefert. Bezüglich der Schmähung der Kriegsheimkehrer nach dem Ersten Weltkrieg sprach Julius Raab auf der Generalversammlung des Selbstschutzverbandes Niederösterreichs 1929 davon, dass sich „in den Zentralen

---

<sup>102</sup> Niederösterreichische Heimwehr vom 17. Februar 1931, 1 f.

<sup>103</sup> Franz Begrish, Der Eid als Fangschnur. Einige Worte über das Korneuburger Gelöbniß. In: Die Niederösterreichische Heimwehr vom 26. Mai 1931, 4 f.

<sup>104</sup> Rede anlässlich der Gründung der Niederösterreichischen Heimwehr in Wien am 7. Dezember 1930. Abgedruckt in: Neuigkeits-Welt-Blatt vom 10. Dezember 1930, 2.

<sup>105</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 333. Zu den Niederösterreichischen Sturmsharen siehe die Biographie von Leopold Figl.

und Kriegswirtschafts-Anstalten die krummnasige Garde vom Armeekorps Dr. Deutsch breitgemacht“ hatte.<sup>106</sup> Gemeint war mit der klassisch antisemitischen Schmähung der Jude und Sozialdemokrat Julius Deutsch, der nach dem Ersten Weltkrieg für das Heereswesen zuständig war und welcher später auch vor den Nationalsozialisten in die USA flüchten musste. In der gleichen Rede sprach er vom „Schutz der deutschen Scholle vor den zerstörenden Janitscharenhorden semitischer Volksverhetzer“ und beklagte, dass „Recht und Gesetz, Sitte und Moral, der altererbte Väterglaube“ nun „Spottobjekte der jüdischen Zeitungsschmierer“ geworden sind. Die Heimwehr wolle „unser schönes deutsches Vaterland von dem Joche, das volksfremde, jüdische Führer errichtet haben“ befreien. Die „jüdischen Führer“ meinten führende sozialdemokratische Politiker wie Otto Bauer, oder in den Jahrzehnten davor Viktor Adler. Derartige antisemitische Diffamierungen der sozialdemokratischen Politiker waren verbreitet bei Christlichsozialen und Heimwehren. Bei der gleichen Versammlung sprach der zweite Landesführer Viktor Mittermann von der „Oligarchie oder Monarchie eines eingewanderten böhmischen Juden“<sup>107</sup> und, dass man das Volk widerstandsfähig machen müsse „gegen den fremden, gegen den Judengeist einer trügerischen Demokratie“.<sup>108</sup> 1928 verkündete Heimwehr-Bundesführer Steidle, „daß die Republik aufgehört hat, ein Privateigentum der verhetzenden jüdischen Austromarxisten zu sein.“<sup>109</sup> Raab hatte diese verbreitete Verknüpfung der Sozialdemokraten und der Juden ebenfalls bereits bei früheren Gelegenheiten forciert, als er etwa sagte: „[...] in Wahrheit ist ihr Tun auf die Bedrückung der nichtmarxistischen Bevölkerung und die Bereicherung des jüdisch-akademischen Klüngels gerichtet, der an ihrer Spitze marschiert.“<sup>110</sup> 1930 wiederum meinte er:

„Den Austromarxisten war es niemals um eine ehrliche politische Auseinandersetzung zu tun, sie haben das österreichische Volk, das jahrhundertlang unermeßliche Werte für die deutsche Kultur geschaffen hat, mit dem Gift der jüdisch-bolschewistischen Weltanschauung verseucht.“<sup>111</sup>

Er bediente sich auch des Klischees der geldgierigen (ausländischen) Juden, als er mit Bezug auf die Misere nach der Gründung Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg sagte: „Die bodenständigen Gebildeten, der beste Teil des Volkes, versanken in Armut, zogen sich zurück

<sup>106</sup> Die Heimwehr vom 11. Jänner 1929, 3. Vgl. Wiltschegg, Heimwehr, 25 f.

<sup>107</sup> Gemeint ist wohl der in Prag geborene Viktor Adler, wobei auch Otto Bauers Vater, Filipp Bauer, in Úsobí (Pollerskirchen), Tschechien, geboren wurde und dann nach Wien zog, wo Otto Bauer zur Welt kam.

<sup>108</sup> Die Heimwehr vom 11. Jänner 1929, 4.

<sup>109</sup> Raab, Zum Jahreswechsel. In: Die Heimwehr vom 28. Dezember 1928, 1.

<sup>110</sup> Raab, Zehn Jahre Deutschösterreich. In: Die Heimwehr vom 9. November 1928, 1.

<sup>111</sup> Die Heimwehr vom 13. Juni 1930, 2.



und wurden verdrängt durch Inflationshyänen – vielfach fremdländische Juden – die auf dem Sumpfboden der Geldentwertung ihr Gedeihen fanden.“<sup>112</sup>

Am bekanntesten – und Bestandteil jeder kritischen Besprechung Julius Raabs – ist hingegen die antisemitische Beschimpfung des Sozialdemokraten Otto Bauer während einer Nationalratssitzung am 11. Juni 1930. Nach einer Rede des christlichsozialen Abgeordneten Emanuel Weidenhoffer über das Arbeitslosenproblem, die mit Beifall quittiert wurde, rief Otto Bauer „Der Raab applaudiert, die Heimwehr ist zufrieden!“, was Raab mit „Ein Frechling sind Sie, ein frecher Saujud!“ beantwortete.<sup>113</sup> Die Beschimpfung wurde in der Folge auch von der Arbeiterzeitung thematisiert,<sup>114</sup> wobei für diese der antisemitische Charakter der Beschimpfung an sich nicht das Problem gewesen zu sein scheint, sondern Raab vor allem Heuchelei unterstellt wurde. Auch weil Weidenhoffer ein Vertreter des Industriellenverbandes war, wurde nun kritisiert, dass „der ‚Landesführer‘ derselben Heimwehren, die mit dem Gelde jüdischer Kapitalisten ausgehalten und ausgerüstet werden“ gegen einen Juden schimpft, denn „Judengeld nehmen und den Antisemiten spielen – das paßt halt so zur Moral der Herren mit dem Doppelteid!“ Im Artikel, der damit auch die antisemitischen Ansichten innerhalb der Arbeiterbewegung über die „jüdischen Kapitalisten“ illustriert, wird die „Die Meinung des Herrn ‚Landesführers‘ über Otto Bauer“ abschließend als „richtige Illustration des Bildungsniveaus des ‚Austrofascismus‘“ kategorisiert und so eher in den Kontext einer primitiven Beschimpfung gesetzt. Gegenstand eines längeren kritischen Kommentars war die Beschimpfung auch in der liberalen Zeitung „Der Morgen“.<sup>115</sup> Der Kommentar attestiert Raab die Beschimpfung dem Eindruck nach „frisch-fröhlich und frei“ gebraucht zu haben und es „sozusagen ein Naturlaut der politischen Sprache dieses Abgeordneten“ war. Der jüdische Autor des Kommentars, Max Graf<sup>116</sup>, sah in diesem „ordinären und ungebildeten antisemitischen Schimpfwort“ trotz deren Wandlungen letztendlich immer noch den Kern der christlichsozialen Gesinnung, „mit dem diese Partei zuerst Anhänger gesammelt hat“. Der Kommentar spannt einen breiten Bogen von der Heimwehr bis zum Umgang der (reichen) Juden mit dem Antisemitismus der Mächtigen. Der Heimwehr attestierte Graf „reichlich mit Judengeld genährt, von jüdischen Banken, von jüdischen Industriellen patronisiert“ zu sein. Er ging mit der

---

<sup>112</sup> Raab, Zehn Jahre Deutschösterreich. In: Die Heimwehr vom 9. November 1928, 1.

<sup>113</sup> Dippelreiter, Raab als Abgeordneter, 91. Vgl. auch Autengruber et. al., Umstrittene Wiener Straßennamen, 150.

<sup>114</sup> Arbeiter-Zeitung vom 12. Juni 1930, 3.

<sup>115</sup> Max Graf, Saujud! In: Der Morgen vom 16. Juni 1930, 7 f.

<sup>116</sup> Ein Musikkritiker und Musikschriftsteller, der für verschiedene Zeitungen schrieb. Vgl. [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Max\\_Graf](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Max_Graf) (13.10.2021).

jüdischen, geschäftlich motivierten Unterstützung antisemitischer Organisationen und Politiker scharf ins Gericht und thematisierte schließlich länger den seit jeher bestehenden Antisemitismus der christlichsozialen Partei. Den Kommentar schloss Graf mit:

„Aber am Schluss bricht doch immer die unverstellte Natur durch, der künstliche Zwang wird durchbrochen und das ordinäre Maul macht sich mit dem Ruf Luft, der lange unterdrückt, in Österreich seit dreißig Jahren, der Ruf der angeborenen Roheit [sic!] und Unbildung ist: ‚Saujud!‘“<sup>117</sup>

Die „Saujud“-Beschimpfung war nicht das einzige Mal, dass Raab sich antisemitisch gegen Otto Bauer wandte. Im gleichen Jahr war es bei einem Parlamentsreferat des christlichsozialen Abgeordneten Erich Kneußl über das Antiterrorgesetz zu zahllosen Zwischenrufen seitens der Sozialdemokraten gekommen, woran sich besonders Otto Bauer und Arnold Eisler beteiligten. Daraufhin soll Raab Zeitungsberichten zufolge gerufen haben: „Die zwei Juden geben keine Ruhe, das liegt in der Rasse, die zwei sollen in den Tempel gehen.“<sup>118</sup> Dieser Zwischenruf wird im Bericht der Arbeiterzeitung über die Debatte allerdings nicht erwähnt.<sup>119</sup> Er findet sich auch nicht in den Stenographischen Protokollen dieser Nationalratssitzung (127. Sitzung vom 4. April 1930), wobei die Zwischenrufe der an Zwischenrufen sehr zahlreichen Rede dort nur in den wenigsten Fällen wörtlich zitiert und stattdessen meist mit „Zwischenrufe“ abgekürzt werden.

In der Zweiten Republik waren derartige direkte antisemitischen Angriffe und Aussagen in der Politik merklich weniger verbreitet. Sehr wohl kam es aber weiterhin zu antisemitischen Anspielungen. Auch Julius Raab sprach 1953 bei der Wahlkampföffnung in Linz im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum Creditanstalt-Skandal um Marshall-Plan-Gelder von „bestimmten Mitarbeitern amerikanischer Stellen in Österreich, deren Geburtsort nicht in Ohio oder Texas, sondern auf dem Salzgries in Wien gelegen sei“.<sup>120</sup> Mit diesem „antisemitischen Untergriff“<sup>121</sup> sollten die Juden als treibende Kraft hinter der unangenehmen Aufdeckung des Skandals deklariert werden, wobei auch zuvor schon vom Hauptverantwortlichen Generaldirektor Josef Joham die Ermittlungen als eine Folge von Intrigen von Emigranten dargestellt

---

<sup>117</sup> Der Morgen vom 16. Juni 1930, 8.

<sup>118</sup> Salzburger Chronik vom 7. April 1930, 5; Illustrierte Kronen Zeitung vom 5. April 1930, 6. Die Salzburger Chronik beruft sich dabei auf eine Zuschrift eines Lesers, die Kronen Zeitung bringt es als eigenen Bericht.

<sup>119</sup> Arbeiter-Zeitung vom 5. April 1930, 1 f.

<sup>120</sup> Rathkolb, Der Fall Joham, 390 f. Zitiert wird: VGA, Nachlass Schärf, Kiste 21/108, Schreiben Schärf an Walter Dowling, 23.1.1953.

<sup>121</sup> Rathkolb, Der Fall Joham, 391.

wurden.<sup>122</sup> Auch Jahre später hielt er an dieser – nicht der Realität entsprechenden – Sichtweise der Affäre Joham fest und führte noch 1963 dazu aus:

„Die Amerikaner standen überhaupt auf Seiten der Sozialistischen Partei. Sie lieferten ihr Material in der Sache Joham, die dann durch einen Untersuchungsausschuß des Parlaments behandelt wurde. Die Sozialisten hatten überhaupt weit bessere Beziehungen zu den Amerikanern als die ÖVP, was besonders durch Juden und Emigration verursacht war.“<sup>123</sup>

### *Oberweiser Konferenz*

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren – schon allein auf Druck der Alliierten – noch die Verfolgung ehemaliger Nationalsozialisten vorangetrieben wurde, sah man diese bald darauf – in beiden großen Parteien – auch als Wählerpotential, das man für sich gewinnen wollte, um im politischen Konkurrenzkampf die Oberhand zu behalten. Der bekannteste Vorstoß in diese Richtung ist jener, den die ÖVP am 28. Mai 1949 auf der sogenannten Oberweiser Konferenz unternahm. Dabei handelte es sich um eine geheime Zusammenkunft von Mitgliedern der ÖVP und einflussreicher ehemaliger Nationalsozialisten in der Villa Thonet in Oberweis bei Laakirchen in Oberösterreich. Die Gründung des VdU im gleichen Jahr in Kombination mit dem Umstand, dass 1949 erstmals die 487.000 „Minderbelasteten“ wieder wählen durften,<sup>124</sup> ließen die ÖVP um ihre Mehrheit fürchten. Beim Treffen sollte besprochen werden, was die ehemaligen Nationalsozialisten für eine Unterstützung der ÖVP verlangen würden. Auf Seiten der ÖVP waren – neben Julius Raab – u. a. anwesend der Nationalratsabgeordnete Alfred Maleta (der auch Besitzer der Villa Thonet war), Karl Brunner, Nationalratsabgeordneter in Vertretung des späteren Bundeskanzlers Alfons Gorbach, und Albert Schöpf, der Landesparteiobmann der ÖVP Oberösterreich.<sup>125</sup> Für die ehemaligen Nationalsozialisten sollen u. a. teilgenommen haben Wilhelm Höttl (SS-Sturmbannführer und ehemaliger Leiter des Sicherheitsdienstes Wien), Theodor Wührer (Adjutant des hingerichteten SS-Generals, Chefs des Reichssicherheitshauptamtes und verurteilten Kriegsverbrechers Ernst Kaltenbrunner), Erich Führer (SS-Führer und Nazi-Rechtsanwalt) sowie Taras Borodajkewycz (illegales NSDAP-Mitglied

---

<sup>122</sup> Rathkolb, Der Fall Joham, 391.

<sup>123</sup> Rathkolb, Die paradoxe Republik, 175. Dort zitiert: Gesprächsprotokolle Raab-Jedlicka, 13.3.1962, 3. Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, Wien.

<sup>124</sup> Kasemir, Die Borodajkewycz-Affäre, 489.

<sup>125</sup> Burgenländische Freiheit vom 19. Juni 1949, 2.

und später bekannt geworden durch den Skandal aufgrund seiner antisemitischen Universitätsvorlesungen).<sup>126</sup> Der Forderungskatalog der ehemaligen Nationalsozialisten war von Borodajkewycz ausgearbeitet worden.<sup>127</sup> Über die genauen Forderungen der ehemaligen Nationalsozialisten gibt es – wie auch über das Treffen als Ganzes<sup>128</sup> – unterschiedliche Angaben. Meist werden genannt 25 Parlamentssitze für die ehemaligen Nationalsozialisten, die Absetzung des Justizministers Josef Gerö (ein „Halbjude“ und ehemaliger KZ-Gefangener<sup>129</sup>) und die Wahl eines ihnen genehmen Bundespräsidenten. Weitere kolportierte Forderungen umfassten eine Erleichterung bei der Durchführung der Entnazifizierungsgesetze bzw. die Einstellung der Konfiskationen ehemaligen Nazibesitzes<sup>130</sup> sowie den Posten des Landeshauptmanns der Steiermark.<sup>131</sup> Die wie erwähnt allgemein nicht völlig klaren Inhalte des Treffens werden durch ein weiteres Gerücht bezüglich Julius Raab ergänzt, welcher dabei mit Bezug auf seine Heimwehr-Vergangenheit gesagt haben soll: „Meine Herren, i woa nie a Demokrat“.<sup>132</sup>

Obwohl Raab einer, wenn nicht der einflussreichste Teilnehmer auf Seiten der ÖVP war, war es Alfred Maleta, der die Zusammenkunft organisiert hatte. Sie war laut Maletas eigener Aussage auch dessen eigene Idee.<sup>133</sup> Die Konferenz soll „in erster Linie auf eine starke Optik angelegt“ gewesen sein, mit dem Ziel, dass die „liberal-nationalen Wählerschichten [...] in der ÖVP den Garanten einer rechtsstaatlichen Ordnung und den Liquidator der Ausnahmegesetzgebung sehen“.<sup>134</sup> Maleta soll das Treffen mit den Nationalsozialisten gegenüber Journalisten zunächst geleugnet haben, während gleichzeitig Raab in einem Interview die Verhandlungen offen eingestand.<sup>135</sup> Hinsichtlich Raabs Zugang zum Umgang mit dem Dritten Lager wird

---

<sup>126</sup> Burgenländische Freiheit vom 19. Juni 1949, 2; Salzburger Tagblatt vom 13. Juni 1949, 2; Kasemir, Die Borodajkewycz-Affäre, 490. Genannt werden u.a. auch noch Manfred Jasser, Herausgeber des verbotenen „Alpenländischer Heimatruf“; Walter Polak, ehemaliger Führer der Hitler-Jugend Wien; Friedrich Heiß, Verleger Linz, und Hermann Raschhofer. Vgl. auch Rauchensteiner, Sonderfall, 266.

<sup>127</sup> Ebenda.

<sup>128</sup> Manfred Rauchensteiner merkt an, dass das Meiste hinsichtlich dieses Treffens auf „Hörensagen“ beruht und „aus wahltaktischen Gründen wohl auch verzerrt wiedergegeben“ wurde. Selbst die US-Gesandtschaft konnte in ihrem Bericht offensichtlich nur die verschiedenen Darstellungen aneinanderreihen. Er selbst hat dazu auch die Teilnehmer Theodor Wührer und Taras Borodajkewycz befragt. Rauchensteiner, Sonderfall, Anm. 46, 394.

<sup>129</sup> <https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1938-1945/der-erste-dachau-transport-aus-wien-1-april-1938/geroe-josef-dr> (27.9.2021).

<sup>130</sup> Burgenländische Freiheit vom 19. Juni 1949, 2.

<sup>131</sup> Volkswille vom 24. Juni 1949, 1.

<sup>132</sup> Hackl, Österreichisches Tagebuch, 81; vgl. auch Alfred Maleta, Der Sprung aufs Podest misslang. In: Die Presse vom 16. Jänner 2010.

<sup>133</sup> Maleta, Raab als Bundesparteiobmann I, 200. Manfred Rauchensteiner nennt es hingegen eine „spektakuläre Initiative“ Raabs. Rauchensteiner, Sonderfall, 265.

<sup>134</sup> Ebenda.

<sup>135</sup> Schärf, Österreichs Erneuerung, 248.

auch gerne die Aussage zitiert, er wolle die Nationalen „inhalieren“<sup>136</sup>, wobei auch bei diesem Spruch nicht völlig gesichert scheint, ob er in dieser Form gefallen ist.<sup>137</sup> Die mediale Aufregung über das Geheimgespräch war besonders in den politisch links stehenden Medien groß. Die Verhandlungen wurden von den kommunistischen Blättern als „Schlußpunkt unter diese ununterbrochenen Bemühungen der OeVP-Führung um Herstellung einer Konzentration aller faschistischen Kräfte“ gesehen.<sup>138</sup> Entsprechend kritisch war von dieser Seite auch die Sicht auf die Sozialdemokraten, die an der Koalition mit der ÖVP festhielten.<sup>139</sup> Die verhaltene Reaktion der SPÖ lässt sich dabei auch daraus erklären, dass diese aus den gleichen wahltaktischen Gründen in dieser Zeit ebenfalls den Kontakt mit ehemaligen Nationalsozialisten gesucht hatte.<sup>140</sup>

Für Raab war es nicht das Ende der Kontakt- und Paktversuche mit den ehemaligen Nationalsozialisten. Als er 1953 die Koalitionsverhandlungen von Figl übernahm, wollte er die Zweierkoalition auf eine Dreierkoalition inklusive VdU erweitern. Er verhandelte dahingehend mit dessen Klubobmann Karl Hartleb und war sich mit diesem auch bereits einig. Über seinen Verhandlungspartner hatte er selbst keine Illusionen und charakterisierte dessen Wünsche intern als „lauter Naziforderungen“.<sup>141</sup> Die Dreierkoalition scheiterte letztendlich an der SPÖ und Bundespräsident Theodor Körner.<sup>142</sup>

## Rezeption

Im Gegensatz zu Leopold Figl, dessen „ständestaatliche“ Funktionen nach dem Zweiten Weltkrieg – und bis heute – fast nie mehr thematisiert wurden, war Julius Raabs Karriere im „Ständestaat“ bereits 1945 wieder ein Thema. Seine kurze Amtszeit als Handelsminister 1938 war es, die aufgrund des Vetos der Sowjets einen Ministerposten in der Regierung Figl I verhinderte. Abseits der Alliierten war das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit Raabs Vergangenheit hingegen enden wollend. Als er nach dem Krieg zu einer der zentralen Figuren der Politik wurde, erinnerte man wohl schon allein aufgrund der nun propagierten Versöhnung der nunmehrigen Volkspartei mit den Sozialdemokraten zunächst nicht mehr allzu oft

---

<sup>136</sup> Rauchensteiner, Sonderfall, 266.

<sup>137</sup> Reichhold, Raab als Bundesparteiobermann II, 205.

<sup>138</sup> Volkswille vom 14. Juni 1949, 2.

<sup>139</sup> Ebenda.

<sup>140</sup> Kasemir, Die Borodajkewycz-Affäre, 490.

<sup>141</sup> Rathkolb, Die paradoxe Republik, 174.

<sup>142</sup> Ebenda.

an seine Heimwehrvergangenheit. Lediglich die kommunistischen Zeitungen wiesen – mitunter auch in umfangreichen Beiträgen – regelmäßig darauf hin. Anlässlich des 15. Jahrestages des 12. Februar 1934 veröffentlichte etwa die Volksstimme 1949 einen Artikel, der sich speziell Raabs Heimwehrtätigkeit und dem Korneuburger Eid, aber auch Figls Rolle als Sturmscharführer widmete.<sup>143</sup>

Raabs Karriere im „Ständestaat“ bzw. in der Heimwehr stellten auch seine durchwegs wohlgesonnenen Biographen vor eine entsprechende Herausforderung. Illustrierend für den Versuch, ihn nachträglich vom Stigma seiner Heimwehrvergangenheit zu befreien, kann etwa die Darstellung der Ereignisse durch den parteinahen Historiker und Journalisten Ludwig Reichhold von 1964 angeführt werden. Raab habe mit der Übernahme der Heimwehrführung nur in Seipels Auftrag gehandelt und „Es war jener Auftrag, der in das Leben Julius Raabs, dessen politische Laufbahn an klaren Konturen nichts zu wünschen übrig läßt, etwas Zwi-lichtiges zu bringen scheint.“<sup>144</sup>

„Zu dem Zeitpunkt, als Julius Raab im Auftrag Seipels – also in Erfüllung einer politischen Mission – in die Heimwehrführung eintrat, hatte die Christlichsoziale Partei noch eindeutig das Heft in der Hand, so daß man mit einigem Recht annehmen kann, daß sie die Heimwehr ihren von Haus aus demokratischen Auffassungen willfährig machen wollte. Da die Heimwehrführung auf Grund ihrer heterogenen Zusammensetzung unter einer ständigen Führungskrise gelitten hatte, war es begreiflich, daß Seipel in ihr einen Mann wissen wollte, der den Abenteurern in dieser Führung auf die Finger schaute und trachtete, daß sie nicht allzu viel politisches Porzellan zerschlugen. Daß sich Julius Raab mit den damals noch sehr unklaren politischen Zielen des Heimatschutzes identifizierte, wird man also in das Reich der Fabel verweisen müssen.“<sup>145</sup>

Die Darstellung, dass Raab als Vertreter der Partei in die Heimwehr geschickt wurde, entspricht auch dem heutigen Forschungsstand. Die Vehemenz und Vollständigkeit, mit der Reichhold Julius Raab hingegen auch ideologisch von der Heimwehr abgrenzen wollte, ist aus heutiger Sicht schwer haltbar und muss auch für die Entstehungszeit dieser Zeilen als sympathiebedingt bezeichnet werden. Reichhold vertritt im Anschluss mit Bezug auf das Zeugnis von Raabs Freund Josef Dengler schließlich auch noch die Position: „Er war nicht dabei, als sich die Hände in Korneuburg zum faschistischen Schwur erhoben“. Diese lange Zeit immer wieder aufkommende Ansicht wurde inzwischen eindeutig widerlegt.<sup>146</sup> Reichholds Ausführungen, die Julius Raab bewusst und vollständig von der antidemokratischen, faschistischen Heimwehrideologie abgrenzen sollen, illustrieren gleichzeitig jedoch gut, dass diese Episode

---

<sup>143</sup> Volksstimme vom 13.2.1949, 5.

<sup>144</sup> Reichhold, Porträt eines österreichischen Politikers, 14.

<sup>145</sup> Ebenda, 14 f.

<sup>146</sup> Vgl. Wiltschegg, Raab und die Heimwehr, 81 f.

als klarer Makel seiner Biographie wahrgenommen wurde, der aber allein schon ob seiner Bekanntheit nicht ignoriert werden konnte.

In seiner grundlegenden, allerdings ungedruckt gebliebenen Dissertation über die niederösterreichische Heimwehr und den Korneuburger Eid vertrat Franz Schweiger ebenfalls 1964, dass „Seipel viel autoritärer als Raab war, der persönlich in bedeutend höherem Maße demokratisch dachte und handelte“, weshalb er die Heimwehr auch nur als Selbstschutzverband „an der Seite der legalen Gewalten sah“.<sup>147</sup> Schweiger berichtet detailgenau über Raabs Heimwehrtätigkeit, allerdings fällt seine Beurteilung Raabs wohlgesonnen aus: „Daher zeigen im Wesentlichen die ganzen Jahre der Tätigkeit Raabs in der Heimwehr ihn als besonnenen, ruhigen, zielsicheren und dem übersteigerten Radikalismus abholden [...] Landesführer.“ Radikalere Aussagen solle er nur gemacht haben, damit „die Gegner nicht seine Position untergraben könnten“.<sup>148</sup> Der Inhalt des Korneuburger Eids sei abgesehen von der Absage an den Parteienstaat inhaltlich nichts Neues gewesen und diese Absage habe er geleistet, „da er aber den ihm von Seipel anvertrauten Posten nicht verlassen konnte“ und vorhatte „den Eid nach seiner Weise auszulegen“.<sup>149</sup>

In eine ähnliche Kerbe schlägt gut 20 Jahre später Hermann Riepl in einer biographischen Abhandlung Raabs aus 1983. Einleitend zu Raabs Heimwehrtätigkeit schreibt er: „Raabs Tätigkeit als Heimwehrführer ist weitgehend unbekannt und scheint in den Geschichtsbüchern bestenfalls im Zusammenhang mit dem Korneuburger Eid auf.“<sup>150</sup> Seine Einschätzung als „weitgehend unbekannt“ mag ein wenig übertrieben sein, aber sie spiegelt wider, dass das kollektive Bild von Julius Raab auch in den Jahrzehnten nach seinem Tod vollends durch seine politische Tätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt war. Das Bedürfnis und der Wille sich näher mit seiner Karriere im „Ständestaat“ auseinanderzusetzen, blieb beschränkt. Wurde sie behandelt, dann weiterhin merklich defensiv und mit der Intention, sie mit Raabs späterer Karriere als „Baumeister“ der freien, demokratischen Zweiten Republik in Einklang bzw. zumindest nicht in Widerspruch zu bringen. So schreibt auch Riepl gleich zu Beginn seiner Ausführungen zu Raabs Rolle in der Heimwehr, dass dessen „demokratische Einstellung bei seinem Wiedereintritt in die Politik nach 1945 von niemandem – abgesehen von den Kommunisten – in Zweifel gezogen wurde.“<sup>151</sup> Weiters:

---

<sup>147</sup> Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr, 201.

<sup>148</sup> Ebenda.

<sup>149</sup> Ebenda, 204.

<sup>150</sup> Riepl, Julius Raab, 300.

<sup>151</sup> Ebenda.

„So lange es ihm möglich war, war er in der Ersten Republik Verfechter der Parteiendemokratie und ein Gegner autoritärer und faschistischer Methoden. Einer politischen Läuterung und eines Gesinnungswandels hatte es bei Raab nicht bedurft, als er 1945 als einer der Männer der ersten Stunde dabei war, um Österreich wiederzuerrichten.“<sup>152</sup>

Mit den anschließenden Ausführungen darüber, dass Raab von Seipel in der Heimwehr installiert wurde, es um die Abwehr des parteifeindlichen, antidemokratischen Heimatschutzes ging und Raab u. a. gegen den von ihm so gesehenen Klassenhass und marxistischen Gesinnungszwang seitens der Marxisten kämpfen wollte, entspricht Riepl durchaus auch den heutigen Ansichten über Raabs Motivation für den Heimwehrbeitritt.<sup>153</sup> Fragwürdiger ist hingegen die Einschätzung: „Von einem radikalen Umbau des Staates in ständischem Sinne und einer Demokratie ohne Parteien wollte Raab nichts wissen“.<sup>154</sup> Diese Behauptung bleibt ohne klare Belege bzw. wird sie aus dem Ausscheiden Raabs aus den Selbstschutzverbänden und der Tatsache, dass Raab unter Dollfuß kein Regierungsmandat hatte, abgeleitet. Riepl schreibt, dass Raab infolge der neuen Verfassung 1934 sein Nationalratsmandat verlor, erwähnt aber nicht, dass er 1934 bis 1938 Mitglied des Bundestags war. Seine Tätigkeit im Österreichischen Gewerbebund wird – entgegen der Realität<sup>155</sup> – als abseits des Regimes gesehen, seine Mitgliedschaft im Bundeswirtschaftsrat 1934–1938 nicht erwähnt. Basierend auf „Im Ständestaat widmete er sich ausschließlich dem Aufbau einer ständischen Organisation für Handel, Gewerbe und Industrie und distanzierte sich vom autoritären Kurs der Regierung und der Vaterländischen Front“<sup>156</sup> versucht Riepl hier also den Spagat zwischen Anerkennung bedeutender Leistungen Raabs in dieser Zeit, bei gleichzeitiger ideologischer Abgrenzung zum Regime, für welches er diese Leistungen erbracht hat. Als Kurzzeit-Handelsminister unter Schuschnigg sei er dem Regime schließlich gewissermaßen ebenfalls nur aufgedrängt worden, da diese Berufung auf Drängen des Gewerbebundes erfolgt sein soll.<sup>157</sup> Die grundsätzlichen, entlastenden Ansichten über Raab werden auch heute noch vertreten, wenn auch mitunter mit unbefriedigend kargen Belegen. So schreibt Oliver Rathkolb, dass sich Raab „bereits in den dreißiger

---

<sup>152</sup> Riepl, Julius Raab, 300.

<sup>153</sup> Auch in der Wiener Straßennamenuntersuchung wird – auch im Bezug auf den Korneuburger Eid – auf den Antimarxismus und den „bedingungslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie“ verwiesen und dahingehende Worte Julius Raabs selbst angeführt „Die Heimwehr will die Befreiung der Arbeiten vom sozialistischen Zwang [...] und da stoßen wir auf den Lebensnerv des Gegners [...] Zornsprühend erhebt die rote Hydra ihr siebenköpfiges Haupt.“ Siehe Autengruber et. al., Umstrittene Wiener Straßennamen, 150. Dort zitiert: Ein österreichischer General gegen Hitler, Feldmarschalleutnant Alfred Jansa. Erinnerungen. Hrsg. v. Peter Broucek. Wien 2011, 489.

<sup>154</sup> Ebenda, 301.

<sup>155</sup> Vgl. oben sowie Dippelreiter, Raab und der Gewerbebund.

<sup>156</sup> Riepl, Julius Raab, 303. Raab war in Realität eine der Führungsfiguren, als der Gewerbebund in die Vaterländische Front eintrat. Vgl. oben.

<sup>157</sup> Ebenda, 304.



Jahren vom antidemokratischen (faschistischen) System der Heimwehr gelöst“ hatte, ihm die Sturmsharen „zu autoritär“ gewesen waren und er auch gegen deren Bespitzelungsmethoden protestiert hätte.<sup>158</sup> Laut Rathkolb sei seine Bestellung zum Handelsminister „ein Signal für einen autonomen ‚österreichischen Kurs‘ mit einer relativen Bereitschaft des ‚Interessenausgleichs‘ mit der Arbeiterbewegung“ gewesen.<sup>159</sup> Nähere Ausführungen zu diesem Punkt werden zumindest an dieser Stelle von ihm allerdings nicht gebracht.

Anzumerken ist allerdings, dass auch prominente Sozialdemokraten unter seinen Zeitgenossen Raab vom Faschismus der Heimwehr abgrenzten bzw. sie zumindest der Ansicht waren, er sei später geläutert gewesen. Julius Deutsch resümierte rückblickend in seinen nach 1945 verfassten Memoiren: „Wie sich im Verlaufe der weiteren Entwicklung zeigte, waren Raab und die ihm Gleichgesinnten im christlichsozialen Lager zu schwach, sich gegen die immer weitere Kreise erfassende faschistische Ideologie dieser Epoche durchzusetzen“.<sup>160</sup> Bruno Kreisky hingegen sagte über ihn: „Raab, weil er sich, obwohl er als junger Politiker ein eindeutiger Klerikofaschist gewesen war und den so genannten Korneuburger Eid geschworen hatte, später bekehrte; aus einem Saulus war ein Paulus geworden ...“<sup>161</sup>

Einen neuerlichen Schub erhielt die Besprechung Julius Raabs durch das 50-jährige Republikjubiläum im Jahr 2005. Die Ausstellung „Österreich ist frei!“ auf der Schallaburg in Niederösterreich bekräftigte schon in ihrer Presseaussendung, dass die Ausstellung „auch ‚eine Verbeugung‘ vor der älteren Generation“ sei, denn „zwei Niederösterreicher, nämlich Leopold Figl und Julius Raab, seien die Baumeister dieser Republik“.<sup>162</sup> Im gleichen Jahr wurde aufgrund der Veröffentlichung eines entsprechenden Berichts der SPÖ<sup>163</sup> auch der Druck auf die ÖVP größer sich den braunen bzw. antisemitischen Kapiteln ihrer Vergangenheit zu widmen. Die Zeitschrift Profil widmete dem Thema unter dem Titel „Die Schwarzen und die Braunen“ einen Artikel, in dem auch Julius Raab zur Sprache kam.<sup>164</sup> Angesprochen wurden nicht nur der Korneuburger Eid und die Verhandlungen mit dem Dritten Lager, sondern auch, dass sich Raab 1950 beim SPÖ-Justizminister Otto Tschadek für den NS-Richter Philipp Metzler

---

<sup>158</sup> Rathkolb, Die paradoxe Republik, 169.

<sup>159</sup> Ebenda.

<sup>160</sup> Zitiert nach Pelinka, Österreichs Kanzler, 42.

<sup>161</sup> Bruno Kreisky in seinen Memoiren, zitiert nach Pelinka, Österreichs Kanzler, 40.

<sup>162</sup> „Österreich ist frei!“ auf der Schallaburg, 9.3.2005. [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20050309\\_OTS0216/oesterreich-ist-frei-auf-der-schallaburg](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050309_OTS0216/oesterreich-ist-frei-auf-der-schallaburg) (12.8.2021).

<sup>163</sup> Gedruckt veröffentlicht 2005 unter: Der Wille zum aufrechten Gang. Zur Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten. Hrsg. v. Caspar Einem, Wolfgang Neugebauer und Andreas Schwarz. Wien 2005. Der Bund Sozialdemokratischer Akademiker war nach dem Krieg innerhalb der SPÖ zentral bei der Eingliederung ehemaliger Nationalsozialisten.

<sup>164</sup> Profil vom 22. Jänner 2005. <https://www.profil.at/home/zeitgeschichte-die-schwarzen-braunen-103307> (12.8.2021).

stark gemacht habe, welcher nach einer zusätzlichen Intervention Leopold Figl schließlich in die Verteidigerliste aufgenommen wurde. Als weitere dunkle Episode wird genannt, dass sich Raab in den dreißiger Jahren für den illegalen Nationalsozialisten Hermann Neubacher eingesetzt und ihm aus dem Gefängnis verholten habe, welcher ihn dann im Gegenzug nach dem Anschluss in seiner Funktion als Wiener Bürgermeister vor der Gestapo abgeschirmt habe. Nach dem Krieg soll Raab Neubacher zu einer Position in der Österreichischen Mineralölverwaltung verholten haben.<sup>165</sup> In der Zeitung Der Standard wiederum wurde unter dem Titel „Raab, Kamitz, Reinthaller, Peter“ bezüglich Raab vermerkt, dass dieser den ehemaligen Nationalsozialisten Kamitz als Finanzminister forciert und sich als Bundeskanzler bei Präsident Theodor Körner für dessen Entlastung eingesetzt hatte.<sup>166</sup> Da die Aufforderung an die ÖVP, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten, ohne Folgen blieb, wurde das Thema drei Jahre später anlässlich des „Anschluss“-Gedenkjahres 2008 neu aufgebracht. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina erneuerte die Aufforderung, betonte dabei nun aber auch die „Beiträge eigener Politiker zum Untergang der Demokratie und Errichtung eines faschistischen Ständestaats“.<sup>167</sup> Neben der bekannten Kontroverse um das Dollfuß-Porträt im ÖVP-Parlamentsklub sprach Kalina auch explizit Julius Raab, seine Position als Chef der niederösterreichischen Heimwehren sowie den Korneuburger Eid an. Die ÖVP reagierte erbost und warf der SPÖ vor, in diesem Gedenkjahr Gräben neu aufzureißen und den politischen Frieden zu gefährden. VP-Generalsekretär Hannes Missethon bezeichnete Kalina als Brandstifter und entgegnete: „Die ÖVP ist im Konzentrationslager entstanden. Gründungsvater Leopold Figl wurde vom NS-Regime verfolgt und war einer der vordersten Kämpfer gegen die gräuelfhafte NS-Herrschaft“, und verbat sich eine Beschmutzung von Figl und Raab, den beiden Vätern des Staatsvertrages.<sup>168</sup> Es dauerte bis 2018, bis eine wissenschaftliche Aufarbeitung der dunklen Parteikapitel vorlag, die sich dann aber – analog zu jener der SPÖ – nur auf NS-Verstrickungen beschränkte und das Kapitel „Ständestaat“ ausklammerte. Im von Walter Wladika verfassten Bericht<sup>169</sup> finden sich Bezüge auf Aktionen Julius Raabs zum einen bei der Behandlung von Edmund Grüns-

---

<sup>165</sup> Zu diesen Vorfällen konnten im Rahmen dieser Arbeit keine weiteren Informationen oder Belege gefunden werden.

<sup>166</sup> Hans Rauscher, „Raab, Kamitz, Reinthaller, Peter“. In: Der Standard vom 19. Dezember 2005. <https://www.derstandard.at/story/1927423/raab-kamitz-reinthaller-peter> (28.7.2021).

<sup>167</sup> Kalina fordert VP zur Aufarbeitung ihrer Vergangenheit auf. In: Der Standard vom 15. Jänner 2008. <https://www.derstandard.at/story/3134285/kalina-fordert-vp-zur-aufarbeitung-ihrer-vergangenheit-auf> (12.8.2021).

<sup>168</sup> Ebenda.

<sup>169</sup> Wladika, Politiker und Mandatare mit NS-Vergangenheit.

teidl, wo Raab aber lediglich als Präsident der Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft Informationen weiterleitete.<sup>170</sup> Zum anderen scheint Raab bei den Ausführungen zu Reinhard Kamitz auf. Neben einer gleichartigen Informationsweiterleitung<sup>171</sup> wird lediglich auf die Berufung Kamitz' als Finanzminister durch Raab verwiesen.<sup>172</sup> Die bereits erwähnten für ihn erfolgten Interventionen Raabs bei Körner finden in dieser auf Kamitz' Entlastungsverfahren konzentrierten Darstellung keine Erwähnung.

2016 war Raabs „Saujud“-Beschimpfung der Einstieg eines Artikels in Die Presse, der sich der Sprache des Antisemitismus in der Politik widmete.<sup>173</sup> Die Beschimpfung wurde dabei als Beispiel einer direkten antisemitischen Beschimpfung angeführt, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in der Politik nicht mehr vorkam, wo sich der Antisemitismus nun in antisemitischen Anspielungen, Metaphern und Rhetorik ausdrückte.<sup>174</sup> „Saujud“ sei, als Raab die Beschimpfung nutzte, „eine zwar beleidigende, aber bereits seit Jahrzehnten durchaus gängige Bezeichnung eines politischen Konkurrenten jüdischer Herkunft“ gewesen, für die Raab einen Ordnungsruf kassierte.

### *Raabs Heimwehrkarriere in der Eigendarstellung*

Zu seiner Heimwehrfunktion sagte Julius Raab rückblickend in einer Eigendarstellung seines Lebens:

„Später kam die Heimwehr, in die mich Seipel hineinsandte. Ich habe dort die Aufgabe erfüllt, sie möglichst ruhig zu führen und ein Bollwerk zu sein gegenüber den nationalsozialistischen Strömungen, die sich in der Heimwehr kolossal breit gemacht haben. Die Heimwehr war ja gegründet worden, ist nicht selber entstanden, war gegründet worden gegen den Druck, den die Sozialisten in den Betrieben gegenüber den nicht organisierten Arbeitern ausgeübt haben.“<sup>175</sup>

Gegenüber Julius Deutsch soll Raab gesagt haben, dass er sich nur deshalb in der Heimwehr engagiere, um „den Starhembergs und Feys nicht das Feld zu überlassen.“<sup>176</sup> Diese Aussage verwundert insofern, als doch Starhemberg am 2. September 1930 auf Vorschlag Raabs

---

<sup>170</sup> Wladika, Politiker und Mandatare mit NS-Vergangenheit, 73.

<sup>171</sup> Ebenda, 88.

<sup>172</sup> Ebenda, 91.

<sup>173</sup> Ronald Posch, Die Sprache des Antisemitismus. In: Die Presse vom 23. Juni 2016. <https://www.diepresse.com/5023443/die-sprache-des-antisemitismus> (12.8.2021).

<sup>174</sup> Vgl. die Salzgries-Anspielung im Kapitel Antisemitismus oben.

<sup>175</sup> Raab, Baumeister der Freiheit, 19. Es handelt sich dabei um eine Transkription einer Schallplattenaufnahme, die unter dem Titel „Julius Raab. Baumeister der Freiheit. Sein Leben – Sein Vermächtnis“ 1963 in der Reihe „Prominente Stimmen“ bei PreiserrecordsWien erschienen ist.

<sup>176</sup> Riepl, Julius Raab, 302.

zum Bundesführer der Heimwehr gewählt wurde.<sup>177</sup> 1962 distanzierte er sich mit der Aussage von den Heimwehren, dass diese „wilde Soldatenhorden“ gewesen seien.<sup>178</sup>

1952 äußerte sich Raab in einem von ihm verfassten Zeitungsbeitrag anlässlich des Restitutionsstreits mit Ernst Rüdiger Starhemberg ebenfalls rückblickend zur Heimwehr.<sup>179</sup> Er betonte, dass die Heimwehren als Reaktion auf den „unerträglichen Terror“ des Republikanischen Schutzbundes entstanden waren und unterstrich die damalige Atmosphäre damit, dass „selbst Männer wie Kunschak, den man heute als vorbildlichen Demokraten feiert,“ damals „kaum in einer Versammlung ungestört sprechen“ konnten.<sup>180</sup> Nach dem Justizpalastbrand „schlossen sich Männer, die diesem Treiben nicht länger untätig zusehen wollten, zu den Heimwehren zusammen, die somit eine natürliche und verständliche Reaktion auf eine höchst undemokratische Unduldsamkeit waren.“ Völlig unkritisch bleibt er allerdings nicht: „Ich will nicht bestreiten, daß in der Folge die Heimwehrebewegung vielfach entartet ist, eine bedauerliche Entwicklung, die schließlich zum Pfriemer-Putsch führte.“ Er betont jedoch, dass die Niederösterreichische Heimwehr, der er nach der Abspaltung vorstand, „sich von solchen Verirrungen ferngehalten hat und stets nur für die Freihaltung der Straße eingetreten ist“ und sich „in diesen kritischen Stunden sofort der Regierung zur Verfügung gestellt“ hat, was auch von der Arbeiterzeitung festgestellt worden<sup>181</sup> und auch führenden Sozialdemokraten wie Otto Bauer und Julius Deutsch bekannt gewesen sei. Er schließt seinen historischen Rückblick mit:

„Wenn trotz dieses Sachverhaltes das Jahr 1934 und seine Vorgeschichte im Ausland vielfach eine Beurteilung erfahren haben, die Oesterreich abträglich ist, dann ist dies ausschließlich auf die Geschichtsfälschung zurückzuführen, die unsere Sozialisten durch ihre Propagandisten und Auch-Historiker verbreiten ließen.“<sup>182</sup>

Offen bleibt zumindest in dieser Arbeit Raabs spätere Einstellung zum „Ständestaat“. Zu Kurt Schuschnigg scheint er jedenfalls auch nach dem Krieg ein gutes Verhältnis gehabt zu

<sup>177</sup> Wiltschegg, Heimwehr, 57.

<sup>178</sup> Rathkolb, Die paradoxe Republik, 169. Zitiert wird: Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, Material Julius Raab, 5. Arbeitssitzung für Julius-Raab-Buch, 13.3.1962, 4.

<sup>179</sup> Neue Wiener Tageszeitung vom 8. Jänner 1952, 1.

<sup>180</sup> Angesichts des heutigen Bildes über Leopold Kunschak, das von dessen ausgeprägtem Antisemitismus dominiert wird, illustriert Raabs Aussage auch die geringe Problematisierung, die dieses Thema damals noch erfahren hatte. Vgl. zu Kunschak Autengruber et. al., Umstrittene Wiener Straßennamen, 157–160.

<sup>181</sup> Arbeiter-Zeitung vom 14. September 1931, 4: „Auch Raab rückt von den Putschisten ab. Die niederösterreichische Heimwehr, deren Landesführer der christlichsoziale Abgeordnete Raab ist, veröffentlicht eine Erklärung, in der sie mitteilt, daß sie „nicht nur mit den Aufruhrversuchen Dr. Pfrimers nichts gemein hat, sie ablehnt und verurteilt, sondern, wenn nötig, auch aktiv dagegen auftritt.““

<sup>182</sup> Neue Wiener Tageszeitung vom 8. Jänner 1952, 1.

haben. Zumindest setzte er sich laut Adolf Schärf als Bundeskanzler 1954 dafür ein, Schuschnigg, der nach dem Krieg in die USA emigriert war, einen Posten als Leiter des Österreichinstituts in Rom zu verschaffen, was am Widerstand der SPÖ scheiterte. Raab berief sich dabei auch auf das Drängen seiner Parteifreunde aus den Bundesländern.<sup>183</sup>

### *Raab als Person in den Augen der Nachwelt*

Das tradierte Bild von Raab ist ein merklich anderes als das des leutseligen, bäuerlichen, nie ganz ernstgenommenen Leopold Figl.<sup>184</sup> 1963, noch zu seinen Lebzeiten, erschien folgende Beschreibung über ihn:

„Zeit seines Lebens hat er Herkunft und Mundart, patriarchische Gesinnung und bürgerlichen Lebensstil nie verleugnet. Komplizierte Protokolle oder staatsmännische Etikette waren ihm nie sympathisch. Förmlichkeiten abhold, war er ein Mann der Grundsätze und kurzen Überlegung und des entschlossenen Handelns. Seine Lieblingsbeschäftigung war stets das Schweigen. Weitschweifende Redereien schienen ihm Ausdruck eines unsicheren Charakters. Oftmals saß er im Kreise von Staatsmännern bei wichtigen Beratungen, still und stumm, während alle anderen debattierten.“<sup>185</sup>

Die Schweigsamkeit war offensichtlich dermaßen zentral für Raabs Charakter, dass sie Leopold Figl selbst bei seiner Grabrede ansprach, mit „Du warst kein Mann der großen Worte, Du warst ein Mann der Tat.“<sup>186</sup>

Ebenso wie Leopold Figl – dessen Popularität er allerdings nie erreichte – wurde und wird Raab gerne als positiv besetzter Gegenentwurf zur aktuellen Politik und deren Vertretern inszeniert. Ein Politiker, der sich „immer treu geblieben“ sei und der „mit den Großen der Welt nicht anders geredet [hat] als mit seinen Landsleuten“.<sup>187</sup> Volksnah und bescheiden sei er gewesen, auf das Wohl der Allgemeinheit bedacht und wenn seine klaren autoritären Züge angesprochen werden, dann meist in heitere, entschuldende Anekdoten verpackt.<sup>188</sup> Raab scheint – zumindest in der kollektiven Erinnerung bzw. Verklärung – auch für eine Zeit einer zwar real schwierigen, in ihrer Politikultur aber einfacheren, besseren Zeit zu stehen. Gewisse Sympathien für sein autoritäres, dadurch aber oft auch simpleres Vorgehen schwingen dabei klar mit, wenn es etwa heißt:

---

<sup>183</sup> Schärf, Österreichs Erneuerung, 189.

<sup>184</sup> Vgl. dazu die Biographie Figls.

<sup>185</sup> Prantner, Julius Raab – Baumeister der Freiheit, 53. Die Beschreibung fand sich auf der Rückseite des Covers der bereits erwähnten Schallplattenaufnahme, die unter dem Titel „Julius Raab. Baumeister der Freiheit. Sein Leben – Sein Vermächtnis“ 1963 in der Reihe „Prominente Stimmen“ bei Preiser-records Wien erschienen ist.

<sup>186</sup> Prantner, Julius Raab – Baumeister der Freiheit, 55.

<sup>187</sup> Ertl, Julius Raab – Ein außergewöhnlicher Mann, 86.

<sup>188</sup> Vgl. ebenda, 90.

„So wurden damals Beschlüsse gefasst. Julius Raab, der Freiheitskanzler, wusste, was er wollte und er zog es durch. Wenn man sich im Vergleich das Theater um den Linzer Westring anschaut, der schon seit 30 Jahren angekündigt wird, muss man sagen, die Damen und Herren sollen sich von Raab was anschauen.“<sup>189</sup>

### *Raab in den Straßennamenuntersuchungen anderer Städte*

Österreichweit sind 27 Verkehrsflächen nach Julius Raab benannt.<sup>190</sup> Mit 17 findet sich die überwiegende Mehrheit davon in seinem Heimatbundesland Niederösterreich. In den bisherigen österreichischen Straßennamenberichten wurde Raab in Wien und Villach berücksichtigt und bei der Diskussion in Klagenfurt zumindest genannt. Graz weist keine nach ihm benannte Verkehrsfläche auf und die Salzburger Untersuchung war auf NS-Verstrickungen beschränkt, weshalb er trotz des hiesigen Julius-Raab-Platzes keine Berücksichtigung fand.

Der von Oliver Rathkolb verfasste Beitrag über Julius Raab im Wiener Straßennamenbericht<sup>191</sup> führt die bekanntesten Kritikpunkte an, wie seine Heimwehrede samt der Heimwehrede über den „Schutz der deutschen Scholle vor den zerstörenden Janitscharenhorden semitischer Volksverhetzer“ sowie seine Beschimpfung Otto Bauers als „Saujud“. Der Korneuburger Eid und sein Wortlaut werden angeführt, dabei aber darauf hingewiesen, dass Hauptmotivator der dort Anwesenden der Antimarxismus, also der bedingungslose Kampf gegen die Sozialdemokratie war, den auch Raab unterstützte. Raabs Abkehr von der Heimwehr sowie eine spätere Distanzierung wird angesprochen, ebenso aber auch seine Bestrebungen nach dem Krieg, ehemalige Nationalsozialisten in die ÖVP zu integrieren. Eingeordnet wird Julius Raab in die Kategorie B der Fälle mit Diskussionsbedarf.

Der von Werner Koroschitz verfasste Bericht über die Straßennamen Villachs<sup>192</sup> nimmt keine Kategorisierung vor. Julius Raab wird lediglich ein kurzer Beitrag gewidmet, der analog zum Wiener Bericht seine Heimwehrede, den Korneuburger Eid, die Beschimpfung Otto Bauers und die fehlenden Berührungspunkte zu den ehemaligen Nationalsozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg anführt.

---

<sup>189</sup> Ertl, Julius Raab – Ein außergewöhnlicher Mann, 92. Der Text ist die Transkription einer Festrede anlässlich der Stipendienverleihung der Julius-Raab-Stiftung 2010, was einerseits die tagespolitischen Bezüge erklärt, andererseits aber auch zeigt, welches Raab-Bild öffentlich vertreten wurde.

<sup>190</sup> Auswertung einer Abfrage auf <https://www.statistik.at/statistik.at/strassen> (28.7.2021). Gezählt wurden nur Verkehrsflächen, die eindeutig Julius Raab zugeordnet werden konnten.

<sup>191</sup> Autengruber et. al., Umstrittene Wiener Straßennamen, 149–151.

<sup>192</sup> Koroschitz, Straßennamen in Villach, 51.

In Klagenfurt hatte man 2008 basierend auf den Arbeiten einer Historikerkommission vier Straßennamen von NS-Belasteten umbenannt.<sup>193</sup> Schon bald kamen jedoch Diskussionen darüber auf, dass diese Maßnahme unzureichend sei. 2013 kündigte Bürgermeister Christian Scheider (FPK) an, eine neuerliche Kommission einsetzen zu wollen, wobei bei den neu zu behandelnden Personen an vorderster Stelle die Namen Karl Lueger, Karl Renner<sup>194</sup> und Julius Raab genannt wurden.<sup>195</sup> Angeführt wird bezüglich Raab in den betreffenden Zeitungsartikeln dabei immer der Korneuburger Eid. Im Gegensatz zur ersten Kommission sollten die Ergebnisse dieser neuen allerdings nur mittels Zusatztafeln umgesetzt werden. Scheiders Amtszeit endete 2015. Bis 2016 hatte der Gedenk- und Erinnerungsbeirat der Stadt 45 erklärende Zusatztafeln zur Klagenfurter Straßen ausgearbeitet,<sup>196</sup> welche allerdings bis zum Ende der Amtszeit von Scheiders Nachfolgerin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) 2021 nicht umgesetzt wurden, trotz neuerlicher Initiative der Klagenfurter Grünen im Jahr 2019.<sup>197</sup> Von den 45 vorgeschlagenen Zusatztafeln ist keine für die lokale Julius-Raab-Straße vorgesehen, da sich die Tafeln auf Personen mit NS-Bezügen beschränken.

### *Straßenbenennung*

Die Linzer Benennung der Julius-Raab-Straße erfolgte auf Initiative des Oberösterreichischen Studentenwerks anlässlich des anstehenden Baus des zweiten Studentenheimes der Universität Linz.<sup>198</sup> In einem Schreiben an den Magistrat schlug das Studentenwerk am 20. Juni 1974 die Benennung für die Straße, an der das Studentenheim zukünftig stehen werde, vor.<sup>199</sup> Es wurde argumentiert, dass bereits bestehende Straßen im Auhoffeld nach den Bundespräsidenten Renner, Schärf und Hainisch benannt waren und Julius Raab ebenfalls mit der Geschichte der Zweiten Republik im Zusammenhang stehe. Für den Fall, dass bereits eine

---

<sup>193</sup> Philipp-Lenard-Gasse, Prof.-Porsche-Straße, Rauterstraße und Hindenbergstraße (ursprünglich wohl Hindenburgstraße).

<sup>194</sup> Anzumerken ist, dass in Klagenfurt überhaupt keine nach Karl Renner benannte Straße existiert und lediglich eine Volksschule nach ihm benannt ist, wie es auch ein Artikel des Standards korrekt berichtet: <https://www.derstandard.at/story/1369362453940/historikerkommission-soll-klagenfurts-strassennamen-pruefen> (29.9.2021).

<sup>195</sup> <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/wahrheitssuche-am-woerthersee/> (29.9.2021); [https://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/4055596/Klagenfurt\\_Historikerkommission-soll-Strassennamen-untersuchen](https://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/4055596/Klagenfurt_Historikerkommission-soll-Strassennamen-untersuchen) (29.9.2021).

<sup>196</sup> [https://klagenfurt.gruene.at/wp-content/uploads/2019/05/Beirat\\_Stra%C3%9Fen-Zustzschilder-31-05-2017.pdf](https://klagenfurt.gruene.at/wp-content/uploads/2019/05/Beirat_Stra%C3%9Fen-Zustzschilder-31-05-2017.pdf) (29.9.2021).

<sup>197</sup> <https://klagenfurt.gruene.at/wp-content/uploads/2019/05/Antrag-12-2019-Zusatztafeln-30.4.2019-EST.pdf> (29.9.2021).

<sup>198</sup> Roser/Müller, Geschichte der Julius-Raab-Stiftung, 35 f.

<sup>199</sup> AStL, Straßenakt Julius-Raab-Straße, Schreiben des OÖ Studentenwerks an den Magistrat der Stadt Linz, 20.6.1974.

andere Straße nach Raab benannt werden sollte, wurde als Alternativvorschlag eine Benennung nach Leopold Figl vorgebracht.<sup>200</sup> Bürgermeister Franz Hillinger leitete den Vorschlag am 1. Juli an das Archiv weiter, mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme.<sup>201</sup> Das Archiv sprach sich aus mehreren Gründen gegen eine derartige Benennung aus. Zum einen, weil zum damaligen Zeitpunkt an diesem Ort noch gar keine Straße existierte, die benannt werden konnte und auch die Planungen noch nicht den Status eines endgültigen Entwurfs erreicht hatten. Straßenbenennungen erfolgten in der Regel erst nach Fertigstellung sowie eines entsprechenden Antrages des Vermessungsamtes. Abseits dieses grundsätzlichen Arguments gegen eine Straßenbenennung zu diesem Zeitpunkt sprach sich das Archiv auch explizit gegen eine Benennung nach Julius Raab aus. Seit 1950 galt die Regel, dass Straßen nicht nach Politikern benannt werden sollen, es sei denn „deren Funktion von der Stadt oder dem Staat her gesehen“ war eine überparteiliche, was auf Bundesebene nur den Bundespräsidenten zugestanden wurde. Das Archiv betonte, dass die in diesem Areal entstehenden Straßen „ausschließlich für die übrigen verstorbenen österreichischen Bundespräsidenten reserviert“ seien. Vorgesehen waren dafür Wilhelm Miklas und Franz Jonas.<sup>202</sup>

Bürgermeister Hillinger zeigte sich von diesen Einwänden wenig beeindruckt und wies das Archiv am 23. August an, im Stadtsenat einen Antrag auf Benennung des Straßenzuges mit „Julius-Raab-Straße“ einzubringen.<sup>203</sup> Das Archiv wollte sich aber noch nicht geschlagen geben. Sachbearbeiter Bart wies in einer weiteren Stellungnahme erneut darauf hin, dass man Straßen, die überhaupt noch nicht existieren, noch nicht benennen könne.<sup>204</sup> Gleichzeitig forcierte er den Vorschlag, die Straße nach der Fertigstellung nach dem Bundespräsidenten Wilhelm Miklas zu benennen. Zwar würden „die Verdienste eines Julius Raab auch eindeutig feststehen“, allerdings sei Miklas zusätzlich als ehemaliger Gymnasialprofessor, Direktor und Unterstaatssekretär des früheren Staatsamts für Unterricht und Kultus „zweifelsohne den Schulproblemen näher“ als der „Bauunternehmer Julius Raab“. Zudem befürchtete man gewissermaßen einen Dammbbruch, sollten Straßen nach Raab oder Figl benannt werden, weil es weitere Wünsche nach Benennungen nach Bundeskanzlern und Ministern nach sich ziehen

---

<sup>200</sup> Leopold Figl wurde schließlich 1984 Namenspatron einer Straße im gleichen Gebiet, deren Benennung dann u. a. mit der Julius-Raab-Straße argumentiert wurde. Vgl. dazu die Biographie Figls.

<sup>201</sup> AStL, Straßenakt Julius-Raab-Straße, Schreiben Bürgermeister Hillinger an das Archiv der Stadt Linz, 1.7.1974.

<sup>202</sup> Ebenda, Stellungnahme Sachbearbeiter Bart, 5.7.1974 sowie Stellungnahme des Archivdirektors, 8.7.1974.

<sup>203</sup> Ebenda, Schreiben Bürgermeister Hillinger an das Archiv der Stadt Linz, 23.8.1974.

<sup>204</sup> Ebenda, Stellungnahme Sachbearbeiter Bart, 9.9.1974.



könnte. Auch dieser neuerliche Einwand gegen Raab verhallte ungehört, doch wurde offensichtlich das Argument mit dem Benennungszeitpunkt akzeptiert. Die Benennung erfolgte erst drei Jahre später, nach Fertigstellung der Straße, nachdem das Vermessungsamt das Archiv um die Straßenbenennung ersucht hatte.<sup>205</sup> Das Archiv brachte nun, mit Bezug auf die Weisung des Bürgermeisters vom 23. August 1974, den Vorschlag der Benennung in „Julius-Raab-Straße“ ein.<sup>206</sup> Im zugehörigen Amtsbericht wird auf den Benennungsvorschlag des OÖ Studentenwerks verwiesen, wie auch auf die Weisung des Bürgermeisters.<sup>207</sup> Hinsichtlich Julius Raab wird darin ausgeführt, dass dieser „vom 2. April 1953 bis 11. April 1961 Bundeskanzler war und maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des Staatsvertrages besaß“. Der Beschluss der Benennung erfolgte in der Stadtsenatssitzung vom 22. August 1977.<sup>208</sup>

Nach der Fertigstellung des Studentenheims wurde am 8. Oktober 1980 zusätzlich ein Gedenkstein für „Julius Raab, Baumeister der zweiten Republik“ enthüllt. Als das Studentenheim später erweitert wurde, benannte man 1996 die ganze Anlage in „Internationales Studentenzentrum Julius Raab“ um und siedelte in der Folge auch das Büro der Julius-Raab-Stiftung sowie das Julius-Raab-Archiv dort an.<sup>209</sup>

## Zusammenfassung

Das Bild, das nach seinem Tod von Julius Raab gezeichnet wurde bzw. bewusst gezeichnet werden sollte, lässt sich gut anhand der Zielsetzung der Julius-Raab-Stiftung festmachen. Diese sah es als eine der „wesentlichen Aufgaben der Stiftung“ an, „Julius Raab in seinem historischen Umfeld beim Wiederaufbau Österreichs und als Staatsvertragskanzler, aber auch als Begründer der modernen Wirtschaftsvertretung und Sozialpartnerschaft darzustellen ...“<sup>210</sup> So wie der untrennbar mit ihm verbundene Leopold Figl ist Julius Raab einer der Säulenheiligen der Zweiten Republik, dessen Nimbus im Vergleich zu Figl allerdings weniger auf Sympathie als auf Respekt beruht, der auch von seinen politischen Gegnern kam.

In Vergessenheit geriet der große Makel seiner Biographie, seine Heimwehfunktion, im Verlauf der Jahrzehnte aber trotzdem nie und in den letzten 20 Jahren ist sie immer wieder Bestandteil öffentlicher Diskussionen, wenn auch eine vollständige, zusammenhängende Aufarbeitung von Raabs „Ständestaat“-Karriere nach modernen wissenschaftlichen Standards

---

<sup>205</sup> AStL, Straßenakt Julius-Raab-Straße, Schreiben VeA an das Archiv der Stadt Linz, 27.5.1977.

<sup>206</sup> Ebenda, Schreiben Archiv der Stadt Linz an den Bürgermeister, 3.6.1977.

<sup>207</sup> Ebenda, Amtsbericht des Archivs der Stadt Linz, 5.8.1977.

<sup>208</sup> Ebenda, Schreiben Senatsrat Wilhelm Rausch an das Archiv, 24.8.1977.

<sup>209</sup> Roser/Müller, Geschichte der Julius-Raab-Stiftung, 36.

<sup>210</sup> Ebenda, 29.

weiterhin ausständig ist.<sup>211</sup> Gerade der größte Vorwurf, den Korneuburger Eid geschworen und sich damit zum Faschismus bekannt zu haben, ist jedoch einer, bei dem man bei umfassender Betrachtung nicht um gewisse Relativierungen herumkommt. Unter Berücksichtigung von Raabs Vor- und Nachgeschichte in der Heimwehr entsteht das Bild eines singulären, die sonst weitgehend stabilen Positionen Raabs konterkarierenden Ereignisses. Weder davor noch danach kann man von einer grundsätzlichen Positionierung Raabs gegen die parlamentarische Demokratie sprechen und auch für seine Zeitgenossen gehörte er davor und danach zur Fraktion der Christlichsozialen Partei. Von der belegbaren Position Raabs gegen eine faschistische Diktatur und für ein Parteiensystem kann jedoch nicht automatisch auf eine Positionierung für eine Demokratie im heutigen Sinne bzw. im Sinne der Zweiten Republik geschlossen werden. Trotz Verteidigung des Parteiensystems verwehrte sich Raab nicht prinzipiell gegen politische (autoritäre) Führer und, während er den Stand der Arbeiter politisch zu integrieren suchte, redete er der Ausschaltung dessen politischer Hauptvertretung, den Sozialdemokraten, unter dem Gesichtspunkt des Antimarxismus bzw. Antibolschewismus das Wort. Auch antisemitische Aussagen sind von ihm mehrfach dokumentiert, wenn diese auch weitgehend in den Rahmen des zeitgenössisch in der Christlichsozialen Partei – und darüber hinaus – verbreiteten Antisemitismus fallen, er damit also nicht im Speziellen hervorsticht, es bei ihm aufgrund seiner ausgeübten öffentlichen Funktionen aber besonders gut belegt ist. Während er im „Ständestaat“ unter Dollfuß und Schuschnigg nicht der politischen Führungsspitze angehörte, übte er über die Führung des Gewerbebundes großen Einfluss aus und formte unter Bekundung seiner vollen Unterstützung für dieses autokratische System die „ständestaatliche“ Wirtschaftspolitik bzw. -organisation maßgeblich mit, was ebenfalls nicht in Einklang mit einer durchgehend demokratischen Gesinnung gebracht werden kann. Die nahtlose Fortsetzung seiner politischen Karriere nach dem Krieg bzw. die Akzeptanz seiner Person auch in den Kreisen der politischen Gegner kann aber als Hinweis darauf gesehen werden, dass er etwa von den Sozialdemokraten trotz seiner Heimwehr- und „Ständestaat“-Karriere nicht als Extremist angesehen wurde. Dieser (politische) Pragmatismus ließ Raab nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht nur seine Politik am (tatsächlich) demokratischen System der Zweiten Republik ausrichten, sondern ließ ihn auch Kontakt zu den ehemaligen Nationalsozialisten suchen. Dahingehend war er zwar weder innerparteilich, noch insgesamt eine Ausnahmegehalt, doch gehörte er innerhalb der ÖVP offensichtlich zu jenen, die diese Annäherung aus machtpolitischen Gründen stärker forcierten. Was Raabs tatsächliche, innerste Überzeugung

---

<sup>211</sup> Die entsprechenden Aufsätze im Sammelband von 1986 haben allerdings bereits wertvolle Beiträge geleistet.

hinsichtlich Demokratie in den verschiedenen Phasen seines Lebens war, muss basierend auf dem hier verfügbaren Material offenbleiben. Zusammenfassend zeichnet sich anhand der vorhandenen Unterlagen das Bild eines Politikers mit autoritären Zügen. Trotz prinzipieller persönlicher Befürwortung eines Systems demokratischer Art unterstützte er in seinem politischen Pragmatismus auch autokratische Systeme wie den „Ständestaat“ und wusste diese in gleicher Weise für seine Ziele zu nutzen, wie auch das demokratische System der Zweiten Republik, das er selbst maßgeblich mit aufbaute.

## Literatur

- Autengruber et. al., Umstrittene Wiener Straßennamen = Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch. Hrsg. v. Peter Autengruber, Birgit Nemex, Oliver Rathkolb und Florian Wenninger. Wien-Graz-Klagenfurt 2014.
- Der Wille zum aufrechten Gang. Zur Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten. Hrsg. von Caspar Einem, Wolfgang Neugebauer und Andreas Schwarz. Wien 2005.
- Die Lebensdaten Julius Raabs = Die Lebensdaten Julius Raabs. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 413–423.
- Dippelreiter, Raab als Abgeordneter = Michael Dippelreiter, Julius Raab als Abgeordneter 1927–1934. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 87–96.
- Dippelreiter, Raab und der Gewerbebund = Michael Dippelreiter, Julius Raab und der Gewerbebund. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 97–105.
- Enderle-Burcel, Historische Einführung = Gertrude Enderle-Burcel, Historische Einführung zu den Kabinetten Schuschnigg I bis IV. In: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung IX 29. Juli 1934 bis 11. März 1938. Band 8. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg. 4. Juni 1937 bis 21. Februar 1938. Hrsg. v. Gertrude Enderle-Burcel u. Alexandra Neubauer-Czettl. Wien 2013, XV–LXXXII.
- Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat = Gertrude Enderle-Burcel, Christlich-Ständisch-Autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934–1938. Wien 1991.
- Ertl, Julius Raab – Ein außergewöhnlicher Mann = Josef Ertl, Julius Raab – Ein außergewöhnlicher Mann. Festrede der Stipendienverleihung 2010 in der WK OÖ am 14. Dezember 2010. Abgedr. in: Julius Raab. Ein österreichischer Baumeister. 50 Jahre Julius-Raab-Stiftung Österreich. Hrsg. v. Peter Müller. Linz 2011, 86–94.
- Granville, Of Spies, Refugees and Hostile Propaganda = Johanna Granville, Of Spies, Refugees and Hostile Propaganda. How Austria dealt with the Hungarian Crisis of 1956. In: History 91/1 (2006), 62–90.
- Hackl, Österreichisches Tagebuch = Ernst Hackl, Österreichisches Tagebuch. In: Zu Wort gemeldet ist ... Das Buch. 150 Jahre Parlamentsbibliothek. Hrsg. von der Parlamentsdirektion. Wien 2019, 77–82.

- Heindl, Von der Ersten zur Zweiten Republik = Gottfried Heindl, Kapitel II. Von der Ersten zur Zweiten Republik. In: Julius Raab in Anekdoten und Karikatur. Hrsg. von Christoph Leitl. Linz 2011, 15–22.
- Höbelt, Die Heimwehren = Lothar Höbelt, Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936. Vom politischen „Kettenhund“ zum „Austro-Fascismus“?. Graz 2016.
- Julius Raab und die Nachwelt = Julius Raab und die Nachwelt. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 424–426.
- Kasemir, Die Borodajkewycz-Affäre = Gérard Kasemir. Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. In: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Hrsg. v. Michael Gehler und Hubert Sickinger. Thaur 1996<sup>2</sup>, 486–501.
- Kofler, Julius Raab und die Medien = Fritz Kofler, Julius Raab und die Medien. In: Julius Raab. Ein österreichischer Baumeister. 50 Jahre Julius-Raab-Stiftung Österreich. Hrsg. v. Peter Müller. Linz 2011, 63–65.
- Korinek, Festrede = Karl Korinek, Festrede zum 120. Geburtstag von Julius Raab. In: Rechtsstaat-Gesellschaft-Kultur. Ausgewählte Schriften von Karl Korinek. Hrsg. v. Stephan Korinek und Elisabeth Rumler-Korinek. Wien 2020, 95–101.
- Koroschitz, Straßennamen in Villach = Werner Koroschitz, Bericht zu den (nationalsozialistisch) belasteten Straßennamen in Villach. [https://villach.at/getmedia/5c353eb8-3a72-4261-836a-2ddf1c072831/Koroschitz\\_Bericht\\_Strassennamen\\_190429\\_ALLES-korrMM-2.pdf.aspx](https://villach.at/getmedia/5c353eb8-3a72-4261-836a-2ddf1c072831/Koroschitz_Bericht_Strassennamen_190429_ALLES-korrMM-2.pdf.aspx) (28.7.2021).
- Maleta, Raab als Bundesparteioibmann I = Alfred Maleta. Raab als Bundesparteioibmann (I). Ein Gespräch mit Ludwig Reichold. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 196–200.
- Mulley, Volksbewegung oder Prätorianergarde = Klaus-Dieter Mully, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“? Die Heimwehr in Niederösterreich. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1. Hrsg. v. Stefan Eminger und Ernst Langthaler. Wien-Köln-Weimar 2008, 425–442.
- Pelinka, Österreichs Kanzler = Anton Pelinka, Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel. Wien 2000.
- Prantner, Julius Raab – Baumeister der Freiheit = Robert Prantner, Julius Raab – Baumeister der Freiheit. In: Julius Raab. Ein österreichischer Baumeister. 50 Jahre Julius-Raab-Stiftung Österreich. Hrsg. v. Peter Müller. Linz 2011, 53–55.
- Prinz, Politische Herrschaft = Josef Prinz, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918–1938. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1. Hrsg. v. Stefan Eminger und Ernst Langthaler. Wien-Köln-Weimar 2008, 41–72.
- Raab, Baumeister der Freiheit = Julius Raab. Baumeister der Freiheit. In: Julius Raab. Ein österreichischer Baumeister. 50 Jahre Julius-Raab-Stiftung in Österreich. Hrsg. von Peter Müller. Linz 2011, 16–25.
- Rathkolb, Der Fall Joham = Oliver Rathkolb, „Wir selbst brauchen gar nicht viel hineinblasen“. Der Fall Joham und der CA-Skandal 1949–1953. In: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Hrsg. v. Michael Gehler und Hubert Sickinger. Thaur 1996<sup>2</sup>, 382–397.
- Rathkolb, Die paradoxe Republik = Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien 2005.

- Rauchensteiner, Sonderfall = Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz-Wien-Köln 1979.
- Reichhold, Porträt eines österreichischen Politikers = Ludwig Reichhold, Porträt eines österreichischen Politikers. In: Julius Raab, Selbstporträt eines Politikers. Mit einer Einführung von Ludwig Reichhold. Wien et al. 1964, 9–46.
- Reichhold, Raab als Bundesparteiobmann II = Ludwig Reichhold, Julius Raab als Bundesparteiobmann (II). In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 201–211.
- Riepl, Julius Raab = Hermann Riepl, Julius Raab. In: Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk. Hrsg. v. Friedrich Weissensteiner und Erika Weinzierl. Wien 1983, 296–325.
- Riepl, Landtag = Hermann Riepl, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich. Wien 1972.
- Roser/Müller, Geschichte der Julius-Raab-Stiftung = Bernhard Roser und Peter Müller, Geschichte der Julius-Raab-Stiftung. In: Julius Raab. Ein österreichischer Baumeister. 50 Jahre Julius-Raab-Stiftung Österreich. Hrsg. v. Peter Müller. Linz 2011, 29–36.
- Schärf, Österreichs Erneuerung = Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien 1955.
- Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr = Franz Schweiger, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr von 1928 bis 1930 mit besonderer Berücksichtigung des sogenannten „Korneuburger Eides“ (818. Mai 1930). Ungedr. Diss. Universität Wien 1964 (Exemplar d. Österreichischen Nationalbibliothek).
- Steiner, Wahre Demokratie = Guenther Steiner, Wahre Demokratie? Transformation und Demokratieverständnis in der Ersten Republik und im Ständestaat. Österreich 1918–1938. Frankfurt/M et. al. 2004.
- Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Bundestages des Bundesstaates Österreich. <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spb&datum=0001&size=45> (15.10.2021).
- Stepan, Julius Raab und das Dritte Reich = Rainer Stepan, Julius Raab und das Dritte Reich. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 113–118.
- Stepan, Raab als Handelsminister = Rainer Stepan, Julius Raab als Handelsminister im Kabinett Schuschnigg. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 106–112.
- Straßennamen Wiens seit 1860 = Forschungsprojektendbericht. Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“. Wien 2013. <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> (21.9.2021).
- Wiltschegg, Heimwehr = Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985.
- Wiltschegg, Raab und die Heimwehr = Walter Wiltschegg, Julius Raab und die Heimwehr. In: Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Alois Brusatti und Gottfried Heindl. Linz 1986, 76–86.
- Wladika, Politiker und Mandatare mit NS-Vergangenheit = Michael Wladika, Zur Repräsentanz von Politikern und Mandataren mit NS-Vergangenheit in der Österreichischen Volkspartei 1945–1980. Wien 2018. <https://www.vogelsanginstitut.at/at/wp-content/uploads/2019/05/forschungsbericht.pdf> (12.8.2021).